

Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Dezember 2014/Januar 2015

65. Jahrgang, Nr. 746/747

Ab 2015 gibt es fünfzig Euro mehr

Bundesrat beschließt nach kurzer Debatte und vielen Petitionen die höhere Opferrente

■ In seiner 929. Sitzung beschloss der Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland am 19. Dezember 2014 die Erhöhung der Besonderen Zuwendung bzw. Renten für Opfer politischer Verfolgung in der ehemaligen DDR und der SBZ. Nach Zustimmung durch den Bundesrat zum Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages kann nach der Unterzeichnung durch Bundespräsident Gauck die Erhöhung wie vorgesehen zum 1. Januar 2015 wirksam werden.

Laut Erklärung des Pressedienstes (Bundesrat Drucksache 595/14) verbessert sich durch diese Aufstockung um 50 Euro je Monat, die wirtschaftliche Situation der Opfer politischer Verfolgung in der ehemaligen DDR, wodurch sich pro Monat maximal eine Zahlung von 300 Euro je Bezugsberechtigten ergeben kann. Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz sollen um 30 (auf dann 214) Euro monatlich steigen.

Diese Maßnahmen, so die Pressemitteilung, sollen auch den Einsatz der Opfer für Freiheit, Demokratie und Wiedervereinigung stärker würdigen.

Ob in absehbarer Zeit weitere Erhöhungen vorgesehen sind und bisher geltende Einschränkungen (Mindesthaftzeit, Vererbbarkeit u. Ä.) aufgehoben werden, ist nicht ersichtlich. fg

Ein schwarzer Tag für die Opfer?

Der VOS-Bundesvorsitzende hält die Erhöhung der Zuwendung für zu gering und kritisiert in seiner Presseerklärung die Ministerpräsidentenwahl im Bundesland Thüringen

Ⓐ In seiner Funktion als Bundesvorsitzender der VOS äußerte Rainer Wagner, der gleichzeitig Bundesvorsitzender des Dachverbandes der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) ist, Kritik und Zweifel am neuen Gesetz zur Aufstockung der Besonderen Zuwendung um 50 Euro. In einer bereits am 5. Dezember 2014 herausgegebenen Presseerklärung teilte er mit:

„Der 25. Jahrestag der Erstürmung der Erfurter Stasi-Zentrale wird als schwarzer Tag in die Geschichte der Freiheitsbewegung in Deutschland eingehen. Ohne jede Debatte winkte der Bundestag am 4. Dezember ein sogenanntes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz durch, in dem wir politischen Häftlinge mit einem Almosen abgespeist werden, welches gerade den Inflationsverlust des bisherigen schon absolut unzureichenden Gesetzes zur Opferrente ausgleicht. Alle anderen Opfergruppen gehen leer aus.

Mit der Wahl Bodo Ramelow, des ersten Linken Ministerpräsidenten in Thüringen, haben die alten Genossen nun sogar die Staatskanzlei in Erfurt erobert.

Dass man uns, die wir für Freiheit und Demokratie in den Zuchthäusern und Lagern der SED litten, mit einem Almosen abspeist, ist mehr als bitter.

Wenn die demokratischen Parteien aber den Stasi-Zuträgern und

Neostalinisten der Linken die einflussreichsten Ämter im Staat überlassen, legt unsere Gesellschaft die Axt an die Wurzel unserer Demokratie.“

Bundestag fordert mehr Unterstützung der Opfer Aus der Gesetzesvorlage

Es ist auf jeden Fall ein gutes Zeichen, dass der Bundestag in seinem Beschluss zum Fünften Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR weitere Maßnahmen und qualitativ besseres Handeln der Behörden und Verantwortlichen beim Umgang mit den ehemaligen politischen Häftlingen fordert.

So heißt es: Ziel muss es sein, die Mitarbeiter in den Vollzugsbehörden noch stärker für die Schicksale von SED-Opfern zu sensibilisieren. Der Deutsche Bundestag hält es in diesem Zusammenhang für erforderlich, darauf hinzuweisen, dass alle gesetzlichen Möglichkeiten, die die Rehabilitierungsgesetze vorsehen, genutzt werden, um die Betroffenen zu hören und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihren Antrag oder ihr Anliegen, soweit sie es wünschen, auch mündlich vorzutragen.

Es wäre sinnvoll, wenn solche Appelle den gut bezahlten Gutach-

Wie seit zwei Jahrzehnten üblich, möchte ich auch diese erste Ausgabe im neuen Jahr mit guten Wünschen an alle Kameradinnen und Kameraden sowie natürlich für unseren Verband und damit die Freiheitsglocke beginnen. Möge es weiter bergauf gehen, auch wenn wir nach wie vor Gegenwind haben. Natürlich bedanke ich mich auch für die vielen herzlichen und ehrlich gemeinten Wünsche, die an mich direkt gerichtet waren. Es ist immer ein angenehmes Gefühl für den Redakteur, wenn ihm ein gutes neues Jahr gewünscht wird. Auch in meinem Alter, das mit dem der VOS beinahe identisch ist, sind Gesundheit und Familienglück keine Selbstverständlichkeit.

Nunmehr ist es amtlich, dass unsere Opferrente um 50 Euro erhöht wird. Die formalen Hürden sind, wie man auf der Titelseite dieser Ausgabe nachlesen kann, genommen. Egal, dass wir fast alle dachten, nach den kursierenden Pressemeldungen und den Äußerungen der Politiker sei die Maßnahme „eingetütet“. Ich persönlich hatte nicht mit dem langen Beschlussverfahren gerechnet. Ich hatte vielmehr erwartet, den Betrag von 300 Euro im Januar auf dem Kontoauszug vorzufinden. Dies ist nicht geschehen, und so muss ich – wie viele von uns – fragen: Hätte man das Verfahren nicht vereinfachen und den Betrag zeitnah aufstocken können? Es war doch eigentlich alles klar.

Andererseits war auch innerhalb des Beschlussverfahrens diskutiert worden, die Opferrente neu beantragen zu müssen. Das wäre vor allem für die Älteren ein unnötiger Aufwand geworden und hätte die Behörden zusätzlich Geld gekostet.

Leider sind viele Bezugsberechtigten mit der Erhöhung der Opferrente nicht zufrieden. Obwohl der Gesetzestext und die Wortbeiträge der Abgeordneten erklären, dass durch diese Aufstockung abermals der Einsatz der ehemaligen politischen Häftlinge für Freiheit und Demokratie gewürdigt und das erlittene Leid wenn nicht getilgt, so doch gemildert werden soll, sehen das nicht alle von uns so. Unser Bundesvorsitzender Rainer Wagner spricht von einem „schwarzen

Tag für die Opfer“. Kamerad Wagner, das muss man festhalten, hat sich in der Schlussphase noch einmal sehr intensiv für noch bessere Konditionen eingesetzt. Das Fazit ist so einfach wie es wenig neu ist: Wir müssen uns um weitere Verbesserungen bemühen, und zwar selbst. Dabei geht es nicht nur um weitere Aufstockungen der Opferrente.

Auf ein Wort des Redakteurs

Wir fordern auch die Aufhebung des Halbjahres-Limits bei der Haftzeit und die Einführung des Anspruchs auf Vererbbarkeit für Hinterbliebene. Und wir sind mit dem Thema Entschädigung für Haft-Zwangsarbeit noch nicht weitergekommen. Um hier etwas zu erreichen, brauchen wir eine starke VOS. Dazu gehört, dass wir unser finanzielles Problem möglichst schnell lösen. Ich möchte daher die Bitte des Vorstands an die Mitglieder weitergeben, nicht in der Spendenbereitschaft nachzulassen. In 2008 haben viele Kameradinnen und Kameraden ihre erste Monatszahlung der Opferrente komplett an den Verband gespendet. Eine unvergleichliche Geste. Wäre es denkbar, dass sich möglichst viele entschließen könnten, diese Geste nun mit dem Aufstockungsbetrag von 50 Euro zu wiederholen?

Ich unterstütze dieses Anliegen auch wegen der derzeitigen politischen Lage, die uns als mahnende Zeitzeugen weiter zurückwirft. Nach den Ereignissen von Paris und Belgien und der entstandenen Panik vor neuen Anschlägen wird über kommunistische Verbrechen von einst und deren Gefahren von heute nicht mehr gesprochen. Im Gegenteil, bei Demonstrationen für Toleranz und Demokratie weht im Heer der bunten Menschen fast immer eine Fahne der Partei Die Linke. So leicht kann man also von sich ablenken und das Gewand der grauen Vergangenheit abstreifen. Neben dem Islam ist die Bürgerbewegung Pegida als Feindbild in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Dabei spielt es keine Rolle, dass sich diese zwei Richtungen gegenseitig bekämpfen. Auch was

im nahen Osten an grauenhaften Kriegshandlungen abläuft, lässt sich kaum fassen. Wir leben einerseits in einer Zeit, die durch höchste Technisierung und perfekte globale Transparenz gekennzeichnet ist und müssten eigentlich ein aufgeklärtes tolerantes Verhalten aller Menschen erwarten. Aber das Gegenteil ist der Fall. Die Grausamkeiten, die Menschengruppen aneinander begehen, sind furchtbar und sinnlos. Hatten wir in der Zeit des Stalinismus immer noch die kommunistische Ideologie als Erklärung für Hinrichtungen, Mauerbau und Gulags, so weiß heute niemand so recht, warum nur wenige Flugstunden von uns entfernt ein solch grausames Gemetzel stattfindet, das von Extremisten durch Terrorakte wie jener von Paris auf unsere Gesellschaft übertragen wird. Dass dann Menschen, die eigentlich nur in Frieden leben wollen, die Flucht ergreifen und bei uns Asyl suchen, ist verständlich. Es sind immer die Ärmsten und die Schuldlosen, die das ausbaden müssen, was einige Fanatiker angezettelt haben. Man sollte solchen Ankömmlingen also nicht mit Feindseligkeit begegnen und ihnen nicht durch irreführende Demonstrationen, wie das Pegida tut, das Gefühl geben, von uns abgelehnt zu werden. Wir alle haben es im vorigen Jahrhundert nicht anders erlebt, als wir mittellos und körperlich und seelisch ausgebrannt in den Westen kamen. Ich selbst stand vor dreißig Jahren im Aufnahmelager Gießen und nannte kaum mehr mein eigen als ich auf dem Leib trug. Noch schlimmer waren Einsamkeit und Sprachlosigkeit, die ich nach der Entlassung aus dem Strafvollzug gerade hier im Westen empfand. Ich konnte damals (und heute) nicht verstehen, dass mich Bundesbürger fragten, warum ich nicht in der DDR geblieben sei. Dort wären doch viele humanistische Ziele realisiert. Nun sind wir selbst diejenigen, eine offene Gesellschaft repräsentieren können. Ganz gleich dass wir uns weiterhin für unsere Forderungen einsetzen, sollten wir für andere Verständnis haben.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

Titelseite		Dieses Jahr: „Lügenpresse“	
Opferrente: Die Erhöhung ist Beschlossen		Das „Unwort“ des Jahres wurde „ermittelt“	14
Bundestag und Bundesrat stimmen zu		Mehr als Erinnerung und Rückschau	
<hr/> Redaktionsthema		Siegmar Faust lud zu seinem 70. Geburtstag an die alte Leidensstätte nach Cottbus ein	15
Wo stehen wir, was wollen wir?	2	Interessen der Opfer haben Priorität	
Auch mit 90 schlägt das Herz für die VOS		Blick vom Ausland auf die VOS	16
Glückwünsche an Werner Sauerzweig	4	Viel Gerede plus Bedauern. Und sonst?	
Da ist wohl nichts mehr zu erwarten		Bei Zwangsarbeit kein Durchbruch	16
Justizministerium beantwortet Anfrage Eberhard Pohls nach mehr Leistungen für SED-Opfer	5	Jugendliche und Presse waren von dem Vortrag sehr beeindruckt	
Die heutige Bilanz kann nicht befriedigen		Zeitzeugenarbeit auf höchstem Niveau	16 / 19
Wie sich SED-Opfer heute fühlen	6	Die VOS gehörte fest in sein Leben	
Bundespräsident hat richtig gehandelt		Kamerad Heinz Richter mit 94 verstorben	17
Die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen ist keineswegs unumstritten	7	Waren es nur die Bürgerrechtler?	
Das Anschauungsmaterial ist sehr wichtig		Über die unterschätzte Rolle der politischen Häftlinge beim Zerfall der DDR	18
FG-Redakteur führt mit viel Resonanz französische Schulklasse durch Mauerausstellung	8	Ein „Adventskonzert“ der Atheisten	
Satzung der VOS (Teil 2) vom 12.04. 2014	9 - 12	Die DDR ersteht in Ton und Musik	18
Keinerlei Verherrlichung der SED-Diktatur		Die DDR lässt überall grüßen	
AfD-Mitglieder beziehen klare Stellung zu Artikel in fg 744/5 S. 19	13	Altkader schrecken Opfer im Beruf ab	18
Zahlen sprechen deutliche Sprache		„Ich danke Hugo Diederich“	
AfD zieht bei Thüringen-Wahl großen Parteien tausende Wählerstimmen ab	13	Ehemalige Haftkameradin wiedergefunden	19
Falsche Legende so nicht hinnehmbar		Vierzig schwere Jahre. Und heute?	
Die wirkliche Kriminalität in der DDR	14	Politische Lyrik zu Gegenwart und Geschichte	20
		
		Leserbriefe, Meldungen, Presseerklärung	7, 17, 19
		Verstorbene	17, 19

Spendenbereitschaft hoch wie lange nicht mehr

Eckhard Mensebach, Hartmut Trapp, Wilfried Rohleder, Anneliese Fratz, Kurt Eifler, Peter Leuteritz, Hartmut Behle, Rudi Schnabel, Bernd-Uwe Strate, Hartmut Reich, Ulrich Arnstowski, Fritz Steinhaus, Irene Thomas, Wolfgang Lehmann, Karl-Heinz von Pohlheim, Renate Friedrich, Peter Klaußner, Günter Jäger, Rainer Hohmuth, Prof. Dr. Gerhard Meinl, Irene Petzel, Harald Würz, Hede Ehrlich, Dr. Klaus Rintelen, Dorothea Harder, Klaus Bartholomay, Bernd Schnabelrauch, Heinz Wohlfahrt, Dr. Oswald Gürtler, Horst Holtz, Hans-Jürgen Brodersen, Heinz Thiele, Detlef Watzlaweck, Johannes Wagner, Helmut Günther, Wolfgang Hüppe, Gottfried Walther, Anneliese Klar, Klaus-Dieter Jakob, Dr. Martin Hoffmann, Erik Hofmann, Ingeborg Gericke, Hans-Georg Metzsch, Karl-Alexander Loth, Gerhard Bartels, Andreas Krieg, Ulrich Seidel, Klaus Noack, Erika Northoff, Werner Mieth, Ruth Pöhland, Steffen Braune, Rudolf Sehm, Alfred Kubiacyk, Dorothea Boreczek, Hans Steffen, Dr. Christian Tauschke, Friedrich-

August Gregor, Gotthilf Sternberg, Friedrich Radochla, Siegfried Günther, Hans Winkelmann, Gerd Ahnert, Fritz Hofmann, Hermine und Reinhold Irimi, Heinz Noack, Gotthard Rammer, Helmut Stelling, Monika und Volkmar Christner, Michael Faber, Reinhard Maier, Michael Krug, Günther Steinrücken, Werner Sauerzweig, Martina und Uwe Rutkowski, Rosemarie und Erich Marzahn, Dietrich Koppe, Eberhard Lindner, Emil Redlich, Friedhelm Plassmeier, Gisela Quasdorf, Helmut Meißner, Renate und Rolf Persich, Eberhard Schröder, Horst Menzel, Gerhard Heiland, Wilmar Leistner, Marcel Lehnhardt, Christa-Maria Kirchner, Hans-Jürgen Mewes, Horst-Eugen Schönberg, Fred Wietzoreck, Gabriele und Udo Heideklang, Jakob Bittermann, Manfred Schulz, Lydia Kuhnke, Klaus Feibig, Werner Jung, Dr. Ingrid Schmidt, Helmut Felbrich, Brigitte Voelkel, Reinhard Schwartz, Barbara Große, Karl-Heinz Ossenkop, Kurt Pitlinski, Uta und Rudolf Keick, Johannes Schulze.

Ein großer Dank an die Genannten

Nachwahlen im VOS- Bundesvorstand

Aufgrund eines Rücktritts wg. Krankheit bzw. einer Umstrukturierung wurde eine Nachwahl im geschäftsführenden Bundesvorstand erforderlich. Die bei der Generalversammlung im April 2014 gewählten Kameraden Mathias Katze und Hugo Diederich sind von ihren Posten zurückgetreten. Im Verfahren der Briefwahl wurde Rainer Buchwald zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Schatzmeister und May-Britt Krüger zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Beide waren zuvor Beisitzer im erweiterten Bundesvorstand.

Drei Beisitzer sind nun noch in den Bundesvorstand nachzuwählen. Bisher haben sich vier Kandidaten zur Wahl gestellt:

- Rotraut von Dechend
- Christoph Becke
- Hugo Diederich
- Ralf Kotowski

Falls weitere Kameradinnen und Kameraden für den erweiterten Vorstand kandidieren möchten, melden sich diese mit einem kurzen Lebenslauf in der Bundesgeschäftsstelle bis zum 09. 02. 2015. *BV/HD*

Ein Leben für die Familie, die VOS und die Wahrheit der Geschichte

Werner Sauerzweig aus Neumünster begeht am 23. Januar seinen 90. Geburtstag. Wir gratulieren.

Der 23. Januar ist im Altenheim von Boostedt bei Neumünster ebenso ein besonderer Tag wie für die VOS. Es ist der Tag, an dem unser Kamerad Werner Sauerzweig seinen 90. Geburtstag feiert. Viel und oft ist über Werner Sauerzweig in unserer Freiheitsglocke berichtet worden, oft genug hat er auch selbst zur Feder gegriffen oder der Redaktion Info-Material zur Verfügung gestellt. Lange Jahre, eigentlich Jahrzehnte, hat er mit seinem engsten Vertrauten Siegfried Jahnke die Kasse der VOS geprüft und bei den Generalversammlungen als Delegierter seiner Bezirksgruppe agiert. Der VOS beigetreten ist er im Jahr 1954, als er nach der Entlassung aus der Haft, in der er genau 100 Monate hat zubringen müssen, direkt aus der DDR in den Westen gegangen war, um dem Regime, das ihn zu 15 Jahren verurteilt hatte, für immer den Rücken zu kehren.

Geboren wurde Werner Sauerzweig 1925 in einem kleinen Ort bei Staßfurt. Dort verbrachte er seine Jugend, von der ein wesentlicher Zeitabschnitt auf das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg, in den er kurz vor Kriegsende eingezogen wurde, entfiel. In Staßfurt erfolgte auch die Verhaftung. Es hieß: „Werner, du sollst dich im Rathaus melden.“ Und was er bei dieser Anweisung dachte, das hat der nun 90-Jährige noch genau im Gedächtnis: „Ich ahnte, nein, ich wusste, dass sie mich dabehalten würden.“

Nach seiner Verurteilung durchlief er dann mehrere Lager bzw.

lebte, war schlimm und unmenschlich und ist für viele unserer heutigen Zeitgenossen nicht mehr vorstellbar. Es war daher keine Frage, dass er sich nach der Haft mit all den schlimmen Erlebnissen auseinandersetzen musste. Und dies ging nur in der Bundesrepublik, denn in der DDR durfte man über die Stalin'schen Internierungslager und Haftanstalten nicht reden. Von den hier begangenen Verbrechen, von dem gesamten Unrecht sollte niemand erfahren. Das hätte einem gleich die nächste Verurteilung eingebracht.

Werner Sauerzweig ging nach Kiel, wo sein Zwillingbruder lebte. Er absolvierte eine kaufmännische Ausbildung und fand in der Nähe von Neumünster in einer Bundeswehrabteilung eine Stelle in der Verwaltung. Er heiratete und gründete eine Familie, die – zwei Kinder und sechs Enkel – bis heute auf ihn stolz ist und ihn auch im Altenheim rührend umsorgt. Er schuf sich ein ansehnliches Eigenheim und fand für die erlittenen Schicksalsjahre in den kargen Lagern als verdiente Entschädigung das persönliche Glück, das er vordem so sehr vermisst hatte.

Aber er setzte sich auch gegen das Vergessen ein und suchte gemeinsam mit anderen Ex-Häftlingen jenen zu helfen, die zurückgeblieben waren und sich nach Freiheit sehnten. Ein wichtiger Schritt war hierbei die Gründung des Landesverbandes der VOS in Schleswig-Holstein und der Bezirksgruppe

Fröber wurde er Pressewart. Fröber selbst behielt sein Amt als Vorsitzender mehr als 15 Jahre und übergab es später an Werner Sauerzweig. Über Jahrzehnte war er ein Stabilitätsfaktor für das regionale Wirken des Verbandes, was später mit dem Goldenen Verdienstabzeichen der VOS gewürdigt wurde.

Zahlreich sind die Aktivitäten, auf die Werner Sauerzweig zurückblickt. Gleich nach seiner Ankunft in der Bundesrepublik erschien im Schleswiger Tagesanzeiger ein Bericht von ihm über die politische Situation in der DDR. Oft genug setzte er seine Aufklärungsbemühungen mit Leserbriefen und Pressehinweisen fort.

Mit dem Fall der Mauer ergaben sich dann viele neue Möglichkeiten der Aufarbeitung der Jahrzehnte währenden Diktatur und ihrer Verbrechen. Werner Sauerzweig kämpfte, wie viele Kameradinnen und Kameraden, mit vollem Einsatz für höhere Haftentschädigungen und für die Opferrente, die er nun schon einige Jahre genießt. Er nahm auch an den Treffen ehemaliger politischer Häftlinge in mehreren Lagern teil. Bis vor kurzem noch reiste er nach Buchenwald und fuhr gemeinsam mit Siegfried Jahnke zu den Schweriner Kameraden.

Mit seinem selbstlosen Einsatz und seinem tadellosen kameradschaftlichen Verhalten hat sich Kamerad Sauerzweig einen Ehrenplatz unter den VOS-Aktiven bewahrt. Wir alle gratulieren ihm zu diesem wunderbaren 90. Geburtstag und



Haftanstalten, zu denen Buchenwald, Calbe, Luckau, Halle, Waldheim und zuletzt Berlin-Hohenschönhausen gehörten. Was er er-

Kiel, bei der die Initiative Werner Sauerzweigs eine wesentliche Rolle spielte. Unter Führung des damaligen Landesvorsitzenden Friedrich

wünschen, dass er noch lange mit uns wirken kann. A. R.

Foto: Werner Sauerzweig als 2. v.l. vorn bei der Gen.vers. 2014 (© AR)

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht Rechtsnachfolger der DDR

Trotzdem sind umfangreiche Ausgleichsleistungen für politische Häftlinge und Verfolgte möglich

In der letzten Fg veröffentlichten wir ein Schreiben von VOS-Mitglied Eberhard Pohl an das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, in dem er eine bessere Haftentschädigung für ehemalige politische Häftlinge von SBZ/DDR anmahnt. Nachstehend bringen wir die Antwort zur Kenntnis, die vor einigen Wochen bereits einging.

Sehr geehrter Herr Pohl,

Zunächst mache ich darauf aufmerksam, dass die Entschädigung von SED-Opfern Ausfluss des Sozialstaatsprinzips des Grundgesetzes ist. Hintergrund ist, dass die ehemalige DDR als Rechtssubjekt weggefallen ist. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht Rechtsnachfolgerin der DDR und hat für aus ihrer Sicht rechts- oder verfassungswidrige Maßnahmen der DDR ebenso wenig einzustehen wie etwa für Maßnahmen ausländischer Staatsgewalten. Diese Sicht hat das Bundesverfassungsgericht in seiner grundlegenden Entscheidung vom 23. April 1991 bestätigt. Gleichwohl sehen die Rehabilitierungsgesetze im Rahmen des innerstaatlichen Ausgleichs neben Entschädigungsleistungen umfangreiche Ausgleichsleistungen vor, die - wie andere Transferleistungen auch - nach sozialen Gesichtspunkten bemessen sind. Der Rehabilitierungsgesetzgeber hat dabei einen weiten Gestaltungsspielraum, d. h. er kann bei der Bemessung von Wiedergutmachungsleistungen auch Rücksicht darauf nehmen, welche Möglichkeiten er unter Berücksichtigung der sonstigen Staatsaufgaben hat, insbesondere kann er den enormen Mittelbedarf für den Aufbau in den neuen Bundesländern berücksichtigen. Diesen Gestaltungsspielraum hat der Gesetzgeber nach Feststellung des Bundesverfassungsgerichts angemessen ausgeschöpft.

Die Rehabilitierungsgesetze - das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG), das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) und das Berufliche Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) - sollen die Opfer der SED-Diktatur würdigen, rehabilitieren und entschädigen. Die Gesetze stellen si-

cher, dass alle Personen rehabilitiert werden können, die Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahme oder einer sonstigen rechtsstaats- und verfassungswidrigen Entscheidung in der DDR bzw. zuvor in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) waren. Die Betroffenen erhalten dadurch die Möglichkeit, sich vom Makel persönlicher Diffamierung zu befreien. Der Gesetzgeber hat die Rehabilitierungsgesetze mit angemessenen Entschädigungsregelungen verbunden. Das StrRehaG ermöglicht die Aufhebung rechtsstaatswidriger Entscheidungen von deutschen Gerichten in der ehemaligen DDR bzw. zuvor in der SBZ über Freiheitsentziehung durch Gerichtsbeschluss. Das StrRehaG findet auch auf außerhalb eines Strafverfahrens ergangene gerichtliche oder behördliche Entscheidungen Anwendung, mit denen eine Freiheitsentziehung oder ein Leben unter haftähnlichen Bedingungen angeordnet worden ist.

Dies gilt insbesondere für die Einweisung in eine psychiatrische Anstalt sowie die Anordnung einer Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche, die der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken gedient hat. Die strafrechtliche Rehabilitierung begründet Ansprüche auf soziale Ausgleichsleistungen wie beispielsweise die Kapitalentschädigung für rechtsstaatswidrige Haftzeiten oder - unter bestimmten Voraussetzungen - eine besondere Zuwendung für Haftopfer, die sog. Opferrente.

Bei dem VwRehaG geht es um die Aufhebung elementar rechtsstaatswidriger Verwaltungsmaßnahmen der DDR-Organen oder die Feststellung der Rechtsstaatswidrigkeit dieser Akte.

Das BerRehaG schließlich knüpft an StrRehaG und VwRehaG an und hat das Ziel, noch heute spürbare Auswirkungen verfolgungsbedingter Eingriffe in den Beruf oder die Ausbildung auszugleichen. Kernstück des BerRehaG nach erfolgreicher beruflicher Rehabilitierung ist der Ausgleich von Nachteilen in der Rentenversicherung. Darüber hinaus sieht das BerRehaG u. a. Aus-

gleichsleistungen für Verfolgte vor, die in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind.

Es war und ist nicht möglich, das Unrecht einer in 40 Jahren gescheiterten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Gänze zu korrigieren und zu entschädigen. Gleichwohl ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das geltende System von Rehabilitierung und den damit verbundenen sozialen Ausgleichsleistungen eine tragfähige Grundlage für die Wiedergutmachung und Entschädigung von in der DDR bzw. in der sowjetisch besetzten Zone begangenen Unrecht bildet.

Lassen Sie mich abschließend zu Ihrer Einschätzung, dass die Täter der SED-Diktatur hohe Rentenzahlungen erhielten, kurz anmerken, dass Ansprüche und Anwartschaften aus der Sozialpflichtversicherung und der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FZR) ebenso wie Ansprüche und Anwartschaften aus den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der ehemaligen DDR zum 31. Dezember 1991 in die gesetzliche Rentenversicherung überführt wurden. Diese Überführung der erworbenen Ansprüche und Anwartschaften in die gesetzliche Rentenversicherung, die vom Einigungsgesetzgeber beschlossen und vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich bestätigt wurde, bewirkt auch für die ehemals Zusatz- und Sonderversorgten, dass für in der ehemaligen DDR erzielte Einkommen die Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung zur Anwendung gelangt. Insbesondere erfolgen keine gesonderten Zahlungen zusätzlich zur Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Für sämtliche Angehörigen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit ist zudem eine Begrenzung des rentenrechtlich berücksichtigungsfähigen Einkommens auf das Durchschnittsentgelt vorgesehen. Diese Beschränkung gilt ebenso für Minister und andere höchste Staats- und Parteifunktionäre.

Mackenroth

*Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz*

Woher wollen die „Spätgeborenen“ etwas über Zwangsarbeit wissen?

Siegfried Müller berichtet authentisch über die heutige Situation und die Gefühle der SED-Opfer

Als man mich am 1. November 1945 ins Schloss Schwarzenberg brachte und dort den Sowjets übergab – genau 15 Tage nach meinem 16. Geburtstag – ahnte ich nicht, was auf mich zukam. Als ich dann mit vielen anderen am 8. Februar 1947 in Neuborxdorf bei Mühlberg in einen geschlossenen Güterwaggon verfrachtet wurde und die Fahrt ostwärts ging, war mir klar, dass mir noch Schwereres als bislang bevorstand. Am 13. März 1947 erreichten wir den Zielort. Auf einem Schachtbahnhof im Kusbass wurden wir abgeliefert. Nun stand es fest: Wir waren zur Arbeit hierher gebracht worden, und schon der in unmittelbarer Nähe befindliche Schacht ließ erahnen, was auf uns wartete. Keiner, der derartiges selbst miterlebt hat, kann sich eine Vorstellung machen, welchen Bedingungen wir – ob Winter oder Sommer – ausgesetzt waren. Zeit zum Nachdenken ließ man uns nicht, und die Sowjets bläuten uns schon ein, dass wir hier zur Wiedergutmachung wären. Wiedergutmachung für Verbrechen, die *wir nicht* (!) begangen hatten, die jemand in meinem Alter gar nicht begangen haben konnte. Aber es ist Tatsache, dass Deutschland einen furchtbaren Krieg begann, in dem das Sowjetvolk weit mehr als 20 Millionen Menschen verlor und der europäische Teil dieses Landes total verwüstet wurde.

Dann endlich kam der Tag der Entlassung. Es war der 30. April 1950. Ich kehrte in meine Heimat im Ostteil des Landes zurück. Da gab es aber noch einen Teil des Landes, in dem alles besser voran ging, so sagte man. Da gab es einen Bundeskanzler, einen Bundestag und viele Abgeordnete. Wie viele dieser Abgeordneten waren einst Größen im untergegangenen Vaterland? Und hier streikt mein Magen. Für wie viele dieser noblen Herren mussten *wir* Wiedergutmachung, nein, *Zwangsarbeit* leisten!?

Damit bin ich beim Thema.

Während wir schufteten und viele Opfer beklagen mussten, hatten diese Herren andere Probleme. Uns schickte man mit 50 Ostmark nach Hause, während jene die Voraussetzungen für ihren späteren Wohl-

stand schufen und dann auch entsprechende Renten bezogen.

Trotz aller Widerlichkeiten blieb ich in meiner Heimat, nahm viele Nachteile in Kauf, hielt mich von allem fern, und meine drei Kinder entzog ich den politischen Organisationen in der Schule. Wenn ich die Entwicklung nach der Wiedervereinigung betrachte, kommt mir das Grauen. Jene, die diese DDR einst repräsentierten, die hier diktierten und uns drangsalierten, waren die Gewinner und fühlten sich wohl. Heute darf man denen nicht zu nahe treten, ohne die Konsequenzen tragen zu müssen. Und wir, die einstigen Opfer, haben leider keine funktionierende Lobby. Mit unseren ständigen Klagen und Bitten gehen wir der Obrigkeit nur auf die Nerven. Es ist offensichtlich, dass man eine „biologische Lösung“ ins Auge gefasst hat. Ich gehöre mit meinen nunmehr 85 Jahren zu jenen, die zur Zwangsarbeit nach Sibirien deportiert wurden und von denen mittlerweile die meisten schon gar nicht mehr leben. Jetzt noch auf ein paar weitere Euro zu hoffen scheint vergebens, und es ist auch demütigend. Betteln werde ich jedoch nicht gehen. Oder soll unser-einer auf Verständnis hoffen? Woher wollen denn die „Spätgeborenen“ in Politik und Wissenschaft noch wissen, was Zwangsarbeit wirklich bedeutet hat? Oder wie man sich als rechtloser Häftling fühlt, nur eine Nummer zu sein? Nein, das kann nicht mehr vermittelt werden. Die Politiker haben ja offenbar nur mit sich selbst zu tun.

Und die Medien? Dazu muss ich nichts sagen, denn jeder weiß, wo deren Interessen liegen. Nur eines noch: Die SED hatte in ihrem Herrschaftsbereich auch verlässliche Partner in der CDU und der LDPD, die alle in der Volkskammer vorgelegten und zur Abstimmung gebrachten Gesetze mit abnickten. Für mich ist die DDR-CDU genauso verantwortlich für alles Unrecht, was in der DDR geschah. Da mache ich mit einem heutigen CDU-Ministerpräsidenten, dessen Karriere in der DDR begann, keine Ausnahme. In den 1960er Jahren zogen beispielsweise FDJ-Gruppen durch die Dörfer, um dem "Schwarzen

Kanal" zu Leibe zu rücken. Da wurde manche "Ochsenkopf-Antenne" vom Dach geholt. Oder darf ich dies alles nicht sagen bzw. schreiben?

Was ist mit unserer vielgepriesenen Meinungsfreiheit? Ist da nicht auch die Meinungsfreiheit der „Andersdenkenden“ gemeint? In einem sehr christlichen Buch stehen die Zeilen *Du sollst keine anderen Götter haben neben mir*. Nehmen das etwa gewisse Parteien wörtlich?

Aus dem Brief eines Pfarrers, dessen Vater auch in einem Straflager umkam, möchte ich an dieser Stelle zitieren:

Das heißt, Sie und Ihre Freunde und Leidensgenossen werden etwas mit zu Grabe tragen müssen, was leider nicht mehr vermittelbar ist. Sie werden es bei den gelegentlichen Begegnungen unter sich in Erinnerung rufen können, schon um die Toten und nicht zurück Gekommenen zu ehren und nicht einfach zu vergessen. Aber Sie werden immer neu feststellen müssen: Jeder Apell an das (in den meisten Fällen nicht vorhandene oder auch schon wieder befleckte) Gewissen der Öffentlichkeit oder der Behörden oder gesellschaftlichen Gruppen geht ins Leere. Das festzustellen ist genauso bitter, wie es das Erleiden des Unrechts gewesen ist. Nach einem Rechtsstaat oder gar nach einem gerechten Staat werden Sie zu allen Zeiten dieser Welt vergeblich suchen. Es gibt Einzelne, die für Recht und Unrecht noch Maßstäbe haben (doch die Maßstäbe kehren sich derzeit fast in ihr Gegenteil); aber das sind meistens die machtlosen Einzelnen.

Soweit das Zitat.

Mein Fazit: Wir erleben eben jetzt die Zeit des Vergessens, des Verdrängens, des Verlustes. Man will nicht mehr erinnert werden. Wir dagegen können nicht vergessen, was mit uns geschah. Wir tragen das Trauma und die Verbitterung mit uns herum, ohne jedes Hass- und ohne Rachegefühl.

Wären aber nur einige Abgeordnete der verschiedenen Parteien wie wir in DDR-Gefängnissen, Jugendwerkhöfen oder gar in Stalins Gulag gewesen, bräuchten wir diese Diskussion nicht zu führen.

Siegfried Müller

Ist Die Linke denn überhaupt eine demokratisch eingestellte Partei

Ein weiterer kritischer Kommentar zur umstrittenen Ministerpräsidentenwahl Thüringen

Nach wie vor bewegt die Wahl von Bodo Ramelow zum ersten Ministerpräsidenten der Partei Die Linke in einem deutschen Bundesland viele Gemüter. Auch unser VOS-Kamerad Philip Lübbert tut das im nachstehenden Beitrag. Kamerad Lübbert ist zum einen VOS-Mitglied und desweiteren Jugendrat der Stadt Ludwigslust im Ausschuss für Kultur, Sport und Städtepartnerschaftliche Zusammenarbeit sowie Vorstandsmitglied im CDU-Gemeindeverband Ludwigslust

Am 05. Dezember 2014 wurde der erste Linke Ministerpräsident in Deutschland gewählt. Bodo Ramelow heißt der „Mann der Stunde“. Diese Wahl ist für Opfer und deren Angehörige, die unter der DDR-Diktatur gelitten haben, ein Schlag ins Gesicht. Bodo Ramelow (DIE LINKE bzw. Ex-SED) wurde im zweiten Wahlgang gewählt. Es ist fraglich, dass man diese Wahl als akzeptabel bezeichnen kann.

Die Partei DIE LINKE hat bis heute Probleme, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen und würdigt die Opfer und deren Angehörige nicht genügend. Immer wieder auch wird die Ermordung von DDR-Bürgern an der Mauer von Mitgliedern und Sympathisanten dieser Partei als notwendig und legitim ausgelegt, da der „Schutz“ der Staatsgrenze angeblich internationalen Standards entsprach und für den Schießbefehl bis heute niemand verantwortlich sein will bzw. man seine einstige Existenz sogar leugnet.

Immer noch ist nicht geklärt, welche Abgeordneten der Partei Die

Linke in den heutigen Parlamenten in die Mitarbeit mit der Stasi verstrickt waren.

Schauen wir nun auf die Person von Herrn Ramelow. Die DDR war in seinen Augen weder ein Rechtsstaat noch ein Unrechtsstaat. Das Arbeitsgesetzbuch der DDR sei besser als die arbeitsrechtlichen Regelungen in Westdeutschland gewesen. Dass es an der innerdeutschen Grenze einen Schießbefehl gegeben habe, sei hingegen nicht belegt. In einer Erklärung präziserte Bodo Ramelow, „Unrechtsstaat“ sei ein „nicht justiziabler Begriff“. Man müsse außerdem die Vorgaben stets von der Rechtsanwendung trennen.

In der Zeitung Neues Deutschland sprach sich Bodo Ramelow für eine historische Auseinandersetzung aus, die die Geschichte der DDR und der alten Bundesrepublik auf gleiche Weise angeht: „Ehrliche Aufarbeitung muss beide Seiten in den Blick nehmen, weil sich die beiden politischen Systeme in Ost und West stets gegenseitig bekämpft und letztlich doch auch beeinflusst haben.“

Man kann nicht die eine Seite ohne den Blick auf die andere Seite verurteilen oder loben.“ Ein kritischer Umgang mit Geschichte bedeute für ihn auch, „eine Aufhebung des KPD-Verbots, die Rehabilitierung der Berufsverbote-Opfer und einen sofortigen Stopp der sogenannten ‚Blauhemd-Prozesse‘ (womit das Tragen von FDJ-Symbolen gemeint ist) zu fordern“. Bodo Ramelow forderte zudem, „die gekürzten Renten von Menschen im damaligen Staatsapparat der DDR“ zu thematisieren.



Hubertus Knabe, Leiter der Gedenkstätte für die Stasi-Opfer in Berlin-Hohenschönhausen, verurteilte diese Äußerungen und warf Bodo Ramelow vor, „die Unterdrückung eines ganzen Volkes“ zu relativieren.

Ich finde es richtig, dass sich unser Bundespräsident Joachim Gauck zur Ministerpräsidentenwahl im Bundesland Thüringen geäußert hat, egal dass die Linke eine entsprechend kritische Beurteilung nicht ertragen kann.

Und ich meine, auch und gerade ein Bundespräsident soll und muss sich äußern können, wenn es in seinem Land um so wichtige Begriffe wie Demokratie und freie Meinungsäußerung geht. Denn mit seinen Anmerkungen zur Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten verbindet sich für uns alle eine entscheidende Frage: Ist DIE LINKE überhaupt demokratisch?

Philip Lübbert
(Foto: © privat)

Die Zeit (und die Politik) scheint aus den Fugen zu geraten

Nach einer längeren Leserbrief-Pause meldet sich nun wieder der Künstler und VOSler Andreas Kaiser

☒ Mit freudigen und für die VOS zuversichtlichen Erwartungen starten wir in das neue Jahr. Wir wollen unsere Freiheit genießen und für den Verband (finanziell) bessere Zeiten erhoffen. Und wir brauchen einen besseren „Scharfblick“, denn die Zeit – um mit Hamlet zu sprechen – scheint mal wieder aus den Fugen geraten zu sein. Wenn ich mir die politische Entwicklung in Thüringen anschau, sehe ich da genug Merkwürdigkeiten und Parallelen. *Andreas Kaiser*

Wer vor anderen Türen fegt ...

Gysi stellt Strafanzeige gegen Goerge W. Bush

☞ Einer Meldung der Tageszeitung Neues Deutschland (17.12. 2014) zufolge hat Linke-Fraktionschef Gysi Strafanzeige gegen den ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush und andere hochrangige Politiker der USA wegen der Folterpraktiken der CIA gestellt. Natürlich stimmen wir zu, dass Menschenrechtsverletzungen in jedem Fall aufzuklären sind. Wir fragen uns allerdings, hätte Herr Dr. Gysi nicht erst mal vor der eigenen Tür fegen und mit derlei Anzeigen nicht besser im Staate DDR anfangen sollen? Oder wurde in der DDR etwa nicht gefoltert, überwacht und sogar gemordet?

Interesse an diesem Thema ist auch bei französischen Jugendlichen riesig

Eine Delegation unseres Nachbarlandes besuchte die Ausstellung „Die Mauer“ in Saerbeck

Einmal mehr zeigte sich im Dezember, dass Geschichte und deren Vermittlung an jüngere Generationen am besten erklärbar wird, wenn man über gutes Anschauungsmaterial verfügt und sich erfahrene Zeitzeugen zur Verfügung stellen. Im konkreten Fall heißt das, dass wieder einmal die in dieser Zeitung schon mehrfach positiv erwähnte Ausstellung zur Geschichte der Mauer und der Teilung Deutschlands genutzt werden konnte. Die Ausstellung besteht aus zwanzig Tafeln mit Text- und Fotomaterial und erklärt in übersichtlichen Abschnitten die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, über den Bau der Mauer und den Kalten Krieg bis hin zur Entspannungspolitik Willy Brandts und schließlich zu den Massendemonstrationen in den großen Städten der DDR, deren Folge der Untergang der DDR und die Wiedervereinigung des geteilten Landes war.

Mehrfach schon wurden die zwanzig Tafeln, die gemeinsam von der Stiftung zur Aufarbeitung von SED-Unrecht und der Bild-Zeitung herausgegeben wurden, in öffentlichen Gebäuden gezeigt, wobei die westfälische Gemeinde Saerbeck immer ein guter und dankenswerter Platz gewesen ist. Jedes Mal gelang es, die Leistungskurse und Abi-Klassen der örtlichen Gesamtschule zu einer Lehrstunde zu gewinnen, und auch ausländische Jugendgruppen fanden ihren Weg an diesen Platz. Ungeachtet dessen sorgte vor allem die allgemeine Zugänglichkeit dafür, dass viele Besucherinnen und Besucher bei Behördengängen einen Stopp einlegten, um die Texte und Fotos zu verinnerlichen.

ließ. Darüber hinaus organisierte Richter mit der Unterstützung der Gemeinde Saerbeck diesmal gleich drei Zeitzeugenveranstaltungen, die zum einen mit einer öffentlichen Einladung zu einer erfreulich hohen Teilnahme führte und zum anderen zweimal für geschlossene Gruppen stattfanden.

Herauszuheben ist die Teilnahme einer französischen Jugenddelegation, die aus der Saerbecker Partnerstadt Ferriere angereist war und deren Mitglieder sich mit intensiven Fragen und Wortbeiträgen zum Thema Teilung und Wiedervereinigung äußerten. Damit hat nach dem Besuch der großen polnischen, einer ersten französischen und mittlerweile auch einer litauischen Delegation vor ein bzw. zwei Jahren wiederum eine ausländische Gruppe Interesse an der Ausstellung gezeigt.

Letzteres ist umso erfreulicher, als es sich hier nicht um Pflichtbesuche handelt, sondern dass man den Gästen eine echte Wissbegierde anmerken konnte. Die Fragen und das Erstaunen, das bei den Besuchern jeweils festzustellen war, zeigen wie unvorstellbar es für Menschen anderer Generationen und anderer Herkunft ist, dass mitten durch ein Land eine gewaltsam geschaffene Grenze errichtet wurde und die Versuche zu deren Überwindung oft genug mit dem Tod oder zumindest mit einer Festnahme endeten. Es ist gut und wichtig, wenn dann schon Grundinformationen vorhanden sind und auch politische Erkenntnisse bereits im Unterricht übermittelt wurden. Die Präsentation von Bildtafeln, aber auch das Auftreten eines Zeitzeugen, der aus politischen Gründen inhaftiert war, leisten dann jedoch Bei-



In Saerbeck nun wurde diese Ausstellung zum dritten Mal präsentiert, wobei es auch diesmal eine offizielle Eröffnung unter Mitwirkung der politischen Vertreter der Gemeinde und die Anwesenheit der lokalen Presse gab. Organisator und Haupt-Akteur war erneut der Fg-Redakteur Alexander Richter, der wiederum eine stichhaltige Einführung gab und die Anwesenden ihre eigenen Erinnerungen an das geteilte Deutschland schildern

trüge, die weit über die theoretische Wissensvermittlung hinausgehen.

Nachzutragen wäre, dass die Tafeln vom NRW-Zeitzeugenprojekt erworben und auf einen festen Hintergrund gezogen wurden. Sie werden derzeit von Detlef von Dechend, einem der Initiatoren dieses Projekts, verwaltet und sind auch weiterhin eine gute Ergänzung zur Wissensvermittlung. W. Glaubitz/H. Diederich

§ 10 Generalversammlung

(1) Die Generalversammlung tritt alle drei Jahre, spätestens bis Ende Mai des Jahres zusammen. Ihr obliegt vor allem die Entgegennahme des Kassen- und Geschäftsberichtes des Bundesvorstandes für die abgelaufenen Geschäftsjahre, die mit dem Kalenderjahr übereinstimmen, die Entgegennahme des Berichtes des Bundesrechnungsprüfers, die Entlastung des Bundesvorstandes, die Wahl des neuen Bundesvorstandes, des Beschwerdeausschusses, des Bundesrechnungsprüfers und seines Stellvertreters sowie die Beschlussfassung über Satzungsänderungen und Anträge der Organe der VOS.

(2) Die Generalversammlung wird von den gewählten Delegierten der Bezirksgruppen gebildet. Jede Bezirksgruppe wählt einen Delegierten für die Dauer von drei Jahren. Dieser hat in der Generalversammlung für je angefangene 15 Mitglieder der von ihm vertretenen Bezirksgruppe eine Stimme. Für die zur Wahl der Delegierten notwendige Mitgliederzahl ist der Stand am 1. Januar des Jahres maßgebend, in dem die Generalversammlung stattfindet.

(3) Bei Beschlussunfähigkeit beruft der Bundesvorstand binnen einer Frist von sechs Wochen eine zweite Versammlung mit derselben Tagesordnung ein. Sie ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen unbedingt beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

(4) Die Einzelzahler werden durch den Bundesvorstand zur Vorstands- und Delegiertenwahl der ihrem Wohnsitz nächstgelegenen Bezirksgruppe zugeordnet. Die Einladung zur jeweiligen Hauptversammlung erfolgt durch den Bundesvorstand.

§ 11 Der Bezirksgruppenvorstand

(1) Der Bezirksgruppenvorstand wird für die Dauer von drei Jahren gewählt. Er ist nicht der gesetzliche Vertreter der VOS im Sinne des § 26 BGB.

(2) Der Bezirksgruppenvorstand soll mindestens aus dem 1. und 2. Vorsitzenden sowie dem Schriftführer und im Falle der Kassenhoheit der Bezirksgruppe aus einem Kassenwart bestehen.

(3) Der Bundesvorstand regelt durch eine Geschäftsordnung die Geschäfts- und Kassenbefugnisse des Bezirksgruppenvorstandes. In die Entscheidungsfindung sind die Beisitzer einzubeziehen.

§ 12 Der Landesvorstand

(1) Der Landesvorstand wird für die Dauer von drei Jahren in den Monaten März oder April des Jahres, in dem eine Generalversammlung stattfindet, vor oder während der Generalversammlung in geheimer Wahl gewählt. Die Wahl erfolgt durch die Delegierten der Bezirksgruppen eines Bundeslandes. In den Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie in den Bundesländern mit nur einer Bezirksgruppe erfolgt die Wahl durch eine Mitgliederversammlung der Landesgruppe. Für sie gelten die Vorschriften für die Hauptversammlung entsprechend. Durch die Delegierten bzw. die Mitgliederversammlung wird gleichzeitig ein Landesrechnungsprüfer und dessen Stellvertreter gewählt.

(2) Der Landesvorstand soll mindestens aus dem 1. und 2. Vorsitzenden und soweit die Landesgruppe über eine eigene Kassenführung verfügt - einem Kassenwart bestehen. Der 2. Vorsitzende kann auch zugleich Schriftführer sein. Der Landesvorstand ist nicht gesetzlicher Vertreter der VOS im Sinne des § 26 BGB.

(3) Der Bundesvorstand regelt die Geschäfts- und Kassenbefugnisse des Landesvorstandes durch eine Geschäftsordnung. Die Beisitzer sind in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

§ 13 Der Bundesvorstand

(1) Der Bundesvorstand wird von der Generalversammlung für die Dauer von drei Jahren in geheimer Wahl mit einfacher Mehrheit gewählt. Er bleibt bis zur Neuwahl eines Bundesvorstandes im Amt. Der Bundesvorstand besteht aus dem Bundesvorsitzenden und zwei Stellvertretern, von denen einer gleichzeitig Schatzmeister ist und die zusammen den geschäftsführenden Bundesvorstand bilden, sowie vier Beisitzern. Jeweils zwei Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes vertreten die VOS gemeinsam gerichtlich und außergerichtlich im Sinne des § 26 BGB.

(2) Der Bundesvorstand kann einen Geschäftsführer gemäß § 30 BGB als besonderen Vertreter mit dem Geschäftsbereich "Führung der Bundesgeschäftsstelle" sowie Mitarbeiter für die Bundesgeschäftsstelle bestellen.

(3) Für die Wahlen zum Bundesvorstand bestimmt die Generalversammlung durch Zuruf einen aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern bestehenden Wahlausschuss. Der Vorsitzende übt das Amt des Wahlleiters aus.

(4) Der Bundesvorstand kann für vorzeitig ausgeschiedene Vorstandsmitglieder Ersatzwahlen im Wege der Briefwahl durchführen. Für die Gültigkeit der Wahl gelten die Bestimmungen von Absatz 1 entsprechend.

(5) Die Generalversammlung kann einen Ehrenvorsitzenden wählen. Er kann auf Einladung als Berater an den Sitzungen des Bundesvorstandes teilnehmen und im Auftrag des Bundesvorstandes Verbandsaufgaben wahrnehmen.

§ 14 Berufung von Mandatsträgern

Ist die Wahl von Bezirks- und Landesgruppenvorständen trotz eingehender Bemühungen nicht möglich, kann der geschäftsführende Bundesvorstand im Einvernehmen mit den Mandatsträgern der jeweiligen Landesgruppe Bezirksgruppen- und Landesvorsitzende berufen.

§ 15 Rücktritt und Abberufung von Mandatsträgern

(1) Ein Mandatsträger kann sein Mandat durch eine einfache schriftliche Erklärung gegenüber dem Bundesvorstand freiwillig abgeben oder durch das für seine Wahl oder Berufung zuständige Gremium entsprechend den Regelungen des § 16 Abs. 5 abberufen werden.

(2) Bei Rücktritt oder Abberufung eines Mandatsträgers auf Bezirks- oder Landesebene kann die übergeordnete Verbandsstufe bis zu einer baldigen Neuwahl ein Mitglied kommissarisch mit dem Amt betrauen. Dieses ist für die umgehende, ordnungsgemäße Neuwahl verantwortlich.

(3) Über die Abberufung oder zeitweilige Suspendierung eines Bundesvorstandsmitgliedes entscheiden die Delegierten, wenn ein Mehrheitsantrag der übrigen Bundesvorstandsmitglieder vorliegt.

§ 16 Einberufung von Versammlungen und Beschlussfassung

(1) Mitgliederversammlungen und die Generalversammlung sind vom zuständigen Vorstand schriftlich unter Angabe der Tagesordnung und der zu behandelnden Anträge in vollem Wortlaut bei Einhaltung einer Frist von mindestens acht Tagen für die Mitgliederversammlung und von mindestens vierzehn Tagen für die Generalversammlung einzuberufen.

(2) Die Versammlungen sind beschlussfähig, wenn mindestens 15% der Mitglieder bzw. 50 % der Delegierten anwesend sind.

(3) Eine außerordentliche Generalversammlung kann der geschäftsführende Bundesvorstand jederzeit einberufen. Er ist dazu verpflichtet, wenn die Delegierten mit mindestens 10% der Mitglieder durch ihre Unterschrift eine solche unter Angabe des Zweckes und der Gründe bei ihm schriftlich beantragen.

(4) Der geschäftsführende Bundesvorstand kann mit Zustimmung von 10% der Delegiertenstimmen anstelle einer außerordentlichen Generalversammlung eine schriftliche Abstimmung in Form einer Briefwahl beschließen und durchführen. Für die Gültigkeit der Abstimmung gelten die Bestimmungen des Abs. 5 entsprechend. Jeder Delegierte hat das Recht, an der Stimmenauszählung teilzunehmen.

(5) Bei Beschlussunfähigkeit beruft der Bundesvorstand binnen einer Frist von sechs Wochen eine zweite Versammlung mit derselben Tagesordnung ein. Sie ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen unbedingt beschlussfähig, hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

(6) Die Mitgliederversammlungen und die Generalversammlung fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der erschienenen Stimmberechtigten. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Zu Satzungsänderungen ist jedoch eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln, zur Auflösung der VOS eine solche von drei Vierteln der erschienenen Stimmberechtigten erforderlich.

(7) Die Bezirksgruppenvorstände, Landesgruppenvorstände und der Bundesvorstand sind mit einer Frist von sechs Tagen unter Beifügung der Tagesordnung einzuberufen. Bei Dringlichkeit kann die Aufnahme zusätzlicher Tagesordnungspunkte beschlossen werden. Die Dringlichkeit ist zu begründen. Für die Beschlussfähigkeit ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der jeweiligen Vorstandsmitglieder erforderlich. Sonst gilt Absatz 1 sinngemäß.

(8) Für einzelne Beschlüsse der Bezirksgruppen kann auch die Briefwahl vorgesehen werden. Diese Stimmen gelten als anwesend im Sinne des Abs. 2.

§ 17 Beurkundung der Beschlüsse

Die von den Organen der VOS gefassten Beschlüsse sind durch den Schriftführer schriftlich niederzulegen und von dem jeweiligen Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen. Die Benutzung von Tonträgern ist zulässig.

§ 18 Rechnungsprüfer und Schiedsgericht

(1) Der Bundesrechnungsprüfer prüft den ordnungsgemäßen Umgang mit den Geldern der Bundesgeschäftsstelle und der Landesgruppen mit Kassenhoheit. Der Bundesrechnungsprüfer kann darüber hinaus selbst oder durch ein von ihm schriftlich beauftragtes Mitglied eines Landesvorstandes jederzeit die Kassenführung der Bezirksgruppen überprüfen. Er kann die Richtlinien für die Tätigkeit des Rechnungsprüfers ständig fortentwickeln und rechtzeitig in Kraft setzen.

(2) Die Generalversammlung kann jeweils für die Dauer bis zum Ende der Amtsperiode ein Schiedsgericht, das in den nach § 5 vorgesehenen Fällen tätig wird, einsetzen, indem es seinen Vorsitzenden wählt. Je ein weiteres Mitglied des insgesamt dreiköpfigen Schiedsgerichts wird vom geschäftsführenden Bundesvorstand und von der anrufenden Partei bei Bedarf benannt. Der Vorsitzende kann die Vorgeschlagenen ablehnen, wenn sie nicht die Voraussetzungen für die Tätigkeit als Schiedsrichter erfüllen. Für den Fall der Verhinderung oder der Befangenheit oder des vorzeitigen Ausscheidens des Vorsitzenden kann die Generalversammlung einen stellvertretenden Vorsitzenden wählen. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der §§ 1025 ff. ZPO. Mit der Anrufung des Schiedsgerichts wird auf die Anrufung ordentlicher Gerichte verzichtet.

§ 19 Beauftragter für die Öffentlichkeitsarbeit

- (1) Der Bundesvorstand ernennt den von ihm ausschließlich nach fachlichen und verbandspolitischen Gründen ausgesuchten Beauftragten für die Öffentlichkeitsarbeit, kurz „Pressesprecher der VOS" genannt. Die Beisitzer sind in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.
- (2) Der Pressesprecher der VOS vertritt die Belange der ehemaligen politischen Häftlinge und ihrer Gemeinschaft (VOS) gegenüber der Öffentlichkeit im Sinne des geschäftsführenden Bundesvorstandes.

§ 20 Redakteur und Redaktionsausschuss

- (1) Der geschäftsführende Bundesvorstand ernennt einen fachlich und journalistisch geeigneten Redakteur für die Verbandszeitung der VOS. Personalunion mit dem Pressesprecher ist möglich.
- (2) Der Bundesvorstand wählt für die Dauer seiner Amtsperiode einen dreiköpfigen Redaktionsausschuss, der dem Redakteur gegenüber die Befugnisse des Bundesvorstandes ausübt.
- (3) Redakteur und Redaktionsausschuss entscheiden gemeinsam. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden des Redaktionsausschusses.
- (4) Redakteur und Pressesprecher sind regelmäßig zu den Sitzungen des Bundesvorstandes einzuladen.

§ 21 Auflösung

- (1) Der Antrag auf Auflösung der VOS kann vom Bundesvorstand oder von den Delegierten mit mindestens 51 % der Stimmen gestellt werden. Der Antrag muss schriftlich gestellt werden und von sämtlichen Antragstellern unter Bezeichnung der von ihnen vertretenen Gliederung unterzeichnet sein.
- (2) Bei Auflösung oder Aufhebung der VOS bzw. bei Wegfall ihres bisherigen Zweckes fällt ihr Vermögen an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge. Das dem Vermögensempfänger übertragene Vermögen darf ausschließlich und unmittelbar nur für steuerbegünstigte Zwecke verwendet werden.

§ 22 Schlussbestimmung

- (1) Diese Neufassung der Satzung ist von der Generalversammlung der VOS in Friedrichroda am 12.04.2014 beschlossen worden. Sie tritt am 11.07.2014 in Kraft. Alle vorhergehenden Fassungen werden zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft gesetzt.

Der geschäftsführende Bundesvorstand

Rainer Wagner

Hugo Diederich

Matthias Katze

Unser Wissen über die SED-Diktatur bringen wir in die AfD ein

War der Bericht über die neue Partei AfD in Fg 744 zu kritisch und voreingenommen?

In der Freiheitsglocke 744/ 745 wurde auf Seite 19 ein Beitrag mit dem Titel „Die politischen Gewichte im Land haben sich auf einmal verändert“ veröffentlicht, der sich mit der derzeitigen Parteienlandschaft in Deutschland auseinandersetzt und sich dabei in mehreren Punkten mit der Rolle und den möglichen Zielen der neu entstandenen AfD befasst. Hierzu verfasste VOS-Mitglied Harald Beständig nachfolgende Richtigstellung.

☒ Sehr geehrte Damen und Herren, Sie beteiligen sich mit diesem Artikel nach meiner Auffassung an der allgemeinen Kampagne zur Diffamierung der Alternative für Deutschland, der Behauptung falscher Tatsachen eingeschlossen. So unterstellen Sie der AfD für „...mehr Ordnung und Rechtsschutz im öffentlichen Leben ...“ auf die „... Verhältnisse in der untergegangenen DDR...“ zu verweisen. Wenn dies wahr wäre, hätten Sie Recht mit den Vokabeln „blamabel“, „...unintelligent und bar eines fundierten Geschichtswissen ...“

Tatsache ist jedoch, dass sich unser Sprecher, Prof. Bernd Lucke (Professur für Makroökonomie an der Uni Hamburg), bei Wahlkampfveranstaltungen in Ost- und Mitteldeutschland oft mit Bürgern unterhielt. Von diesen kamen Meinun-

gen, dass sie sich in der „DDR“ sicherer gefühlt hätten. Die AfD sieht dies vielmehr als Herausforderung an: Wenn sich Bürger nach Sicherheit in der ehemaligen SED-Diktatur sehnen, muss diese Sicherheit doch in unserem demokratischen Deutschland erst recht vorhanden sein und Probleme/Gefahren dürfen nicht verschwiegen oder gar verleugnet werden!

Ich empfehle Ihnen, sich über nachfolgenden Link das ZDF-Interview von Herrn Kleber aus dem heute-Journal mit Herrn Lucke anzusehen: https://www.youtube.com/watch?v=64dsw3QdQws&feature=player_embedded.

Anmerken will ich noch, dass es auch in der, mit gutem Recht überparteilichen, VOS Mitglieder, Förderer, Interessenten und vor allem Wähler der Alternative für Deutschland gibt. Ich behaupte, keines dieser VOS-Mitglieder würde auch nur eine Sekunde zögern, aus der AfD auszutreten, gäbe es dort auch nur den Anschein einer Verherrlichung dieses SED-Unrechtsstaates!

Ganz im Gegenteil, unser Wissen über diese Diktatur bringen wir in die AfD ein. Schließlich ist die Alternative für Deutschland aus einer Bürgerbewegung von Frauen und Männern mit Erfahrungen aus unterschiedlichen Berufen und Lebenssituationen entstanden und kein „Ableger“ von Berufspolitikern ei-

ner der Altparteien. „Das Schlagwort von der Euro-Abschaffung zeugt von Realitätsfremdheit ...“, schreiben Sie. Na, wenn das kein Populismus ist, was Sie da ohne Sachbegründung schreiben!

Harald Beständig

Das Foto (Quelle Internet/ facebook) zeigt Harald Beständig mit Ulrike Trebesius, die für die AfD ins Europaparlament gewählt wurde, bei den Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Mauerfalls im Schweriner Staatstheater

Anm. d. Red.:

Im Internet bietet die AfD neben zahlreichen Informationen zur Arbeit der Partei auch ihr Parteiprogramm zum Nachlesen an. Zu dem Angebot gehört u. a. auch eine Kurzfassung des Parteiprogramms, in dem die Partei im Überblick über bürgernahe und demokratische Ziele informiert. Weiterhin finden sich Aussagen zu politischen Fragen unter <https://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/fragen-und-antworten/zu-euro-und-Waehrungspolitik/>

Unübersehbare „Wanderung“ von Wählern

Zahlen, die man keinesfalls übersehen sollte

Man kann sich darüber empören, oder man kann staunen: Die Gunst der Wählerinnen und Wähler hat sich – rein zahlenmäßig – der AfD bei der Landtagswahl in Thüringen mehr als deutlich zugeneigt.

Der Statistik (Internet/infratest) zufolge hat die CDU 17.000 und die Linke 16.000 Stimmen an die neue Partei verloren. Bei der SPD und den Nichtwählern konnten je 12.000 „Überläufer“ mobilisiert werden. „Nur“ 1.000 Stimmen verlor Bündnis 90/ Die Grünen. Bei der FDP waren es insgesamt 11.000 Wählerinnen und Wähler, die sich abgekehrt haben, und das dürfte den Liberalen inzwischen so sehr geschadet haben, dass – zumindest vorläufig – an eine „Wiederkehr“ nicht zu denken sein wird.

Man darf gespannt sein, ob die AfD in diesem Aufwind weiter emporsteigt oder ob sie die Last des bisherigen Erfolges erdrückt. *TH*



Überwachung und Kontrolle bis in Schlafzimmer und Toilette

Einige Ausführungen zu der falschen Behauptung, es sei in der DDR friedlich zugegangen

Lohnt es sich, über die Frage zu diskutieren, ob die DDR, die es anscheinend immer noch in vielen Köpfen gibt, ein Staat war, der uns heute als Vorbild für öffentliche Sicherheit und Ordnung dienen kann?

Man muss diese Frage – leider – mit ja beantworten, denn die Meinung, es hätte in der DDR keine Kriminalität, keine Nazis, keine Ausländerfeindlichkeit und stattdessen eine beispielhafte öffentliche Sicherheit gegeben, taucht immer wieder auf. Sie wird allerdings von Leuten geäußert (und geglaubt), die die DDR nicht kennen und nicht kannten. Auch wenn sie dort gelebt haben.

Gut Bescheid wissen diejenigen, die erfahren haben, wo man „die kleinen und die großen“ Straftäter des sozialistischen Alltags verwahrte. Das war der Strafvollzug des „Arbeiter- und Bauernstaates“. Wer hier als politischer Häftling eingesperrt war, der „durfte“ auch Bekanntschaft mit zahlreichen Kriminellen machen, die sowohl auf den Straßen wie auch in ihren Haushalten oder an den Arbeitsplätzen allerlei Verbrechen begangen hatten. Dabei waren Morde in vielen Facetten keine Seltenheit: Ob als scheußlich primitives Eifersuchtsdelikt oder als billiger Überfall auf Rentner, wobei es zuweilen um ganz geringe Geldbeträge ging, oder Morde an Eltern, an Kindern, an Nachbarn, an Kollegen. Dazu gab es Delikte wie Schlägereien, gezielte Überfälle, grausame Vergewaltigungen und widerlichen Kindesmissbrauch.

Lang ist die Liste der Diebstahlar ten, der Unterschlagungen und der Betrügereien. Auch wer sich in der DDR einfach so rumtrieb, wer nicht arbeiten wollte oder mal soeben einen SED-Genossen beleidigte, der (oder die) landete vorsorglich genauso hinter Gittern wie sogenannte Krawallmacher, die man heutzutage als Hooligans oder Rocker bezeichnen würde.

Der Strafvollzug war nicht nur zur Buße für begangene Straftaten da, er diente auch vorab der Vereitelung derselben, indem man Leute aus dem Verkehr zog, von denen man glaubte, dass sie Straftaten begehen konnten.

Natürlich konnte man auf diese Weise auf den öffentlichen Plätzen, Bahnhöfen und Bürgersteigen den Anschein eines friedlichen öffentlichen Lebens erwecken. Getragen wurde dieses fragwürdige Sicherheitssystem zudem von einer stets patrouillierenden Garde an Uniformierten. Diese traten als „Trapo“ oder „VP“ auf, wobei jedoch auch jeder höhere Armee-Uniformierte oder Zollangehörige im Auftrage der Staatsmacht nach Belieben ein- und zugreifen konnte, wenn er „eine Gefahr“ zu ahnen meinte.

Nicht zu vergessen sind die vielen Polizeihelfer, die ihre Augen überall hatten und jeden und jede meldete, der oder die verdächtig war. Ihre Rolle war tragend, ebenso wie die der Mitarbeiter des MfS, die nicht nur politisch unliebsame Bürgerinnen und Bürger bis in die Schlafzimmer und die Toiletten überwachten und jedes Wort protokollierten, das über die „konspirativ“ installierten Wanzen übermittelt wurde, sondern die auch – ebenfalls „konspirativ“ – Hausdurchsuchungen vornahmen und Ehepartner durch Ehepartner „ausspähen“ ließen.

Nicht minder eklatant verfälschend ist die Behauptung, die DDR-Bürger sei nicht ausländerfeindlich gewesen. Die Richtigstellung ist einfach: Man konnte sich nicht gegenüber Menschen feindlich verhalten, die nicht vorhanden waren. Denn genauso wie kein DDR-Bürger unkontrolliert ins Ausland reisen durfte, war es auch für Ausländer schlecht möglich, in die DDR zu reisen und sich dort frei zu bewegen. Was bzw. wen es gab, das waren die sowjetischen „Freunde“ und vietnamesische und afrikanische Arbeitskräfte, die jedoch keinen privaten Kontakt zur DDR-Bevölkerung unterhalten durften.

Kann man sich nach einer öffentlichen Ordnung sehnen, die auf solchen Methoden basiert? Leider kursiert die Legende einer gewaltfreien DDR genauso wie jene vom menschenfreundlichen Bildungs- und Gesundheitssystem dieses Staates. Für jene, die die DDR so erlebt haben, wie sie wirklich war, als Unrechtsstaat in all ihren Auswirkungen, ist das schwer hinnehmbar,

wenn die Verhältnisse dann fälschlicherweise idealisiert werden und man Gegendarstellungen lächelnd übergeht. Hier geht es um Wahrheiten und um ein korrektes Geschichtsbild, und dafür sollte man sich einsetzen. *B. Thonn*

Ein unpassendes Unwort?

Presse empört über den Ausdruck „Lügenpresse“

Wo haben „Unwörter“ ihren Ursprung? In der Unzufriedenheit mit sozialen Verhältnissen? Werden sie im positiven oder negativen Sinn geprägt? Auf die Antwort warten wir genauso wie auf die alljährliche Entscheidung der (Un)Wort-Findungskommission.

In diesem Januar war es der Ausdruck „Lügenpresse“, ein in der Tat übler Begriff, allein von seiner geschichtlichen Herkunft. Lügenpresse ist ein Schimpfwort, das dann fällt, wenn man mit Berichterstattungen unzufrieden ist. Das geschieht recht häufig, und zwar seit es Medien gibt. Die Inhalte sind mitunter von einer Art, die einen in Wallung bringen können. Deshalb sind sie jedoch keine Lügen, und bevor man sich über etwas ereifert, sollte man sich überlegen, dass man womöglich nach dem Ross tritt, obwohl man aber den Reiter meint.

Dies haben wir – nicht nur einmal – im Zusammenhang mit Veröffentlichungen in der Freiheitsglocke erlebt. Glücklicherweise konnten sich Kritiker und Kritisierte später zumeist verständigen, denn es geht in der VOS um die gemeinsame Sache und gemeinsame Ziele.

Was die großen Blätter oder TV-Sender angeht, ist es nicht so einfach, sich anzunähern oder eine Kritik einzubringen. Oft genug lässt man den „Nörgler“ einfach abblitzen, und der kommt dagegen nicht an. Die Medien haben viel Macht. Teils mehr als die Politiker. Daher haben es Medien auch nicht nötig zu lügen. Sie können allein durch die Wahl der Themen die Berichterstattung beeinflussen. Wir SED-Opfer wissen es ziemlich gut, denn über uns (als sozial gebeutelte und benachteiligte Gruppe) wird leider zu wenig und zu sporadisch berichtet. *Tom Haltern*

Das persönliche Erleben ist eng mit der Geschichte verbunden

Weggefährten kommen zum 70. Geburtstag von „Haft-Ikone“ Siegmар Faust ins Zuchthaus Cottbus

Am 13. Dezember 2014 beging Siegmар Faust, ehemaliger politischer Häftling in der DDR und unverzichtbarer Aktivposten bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts, seinen 70. Geburtstag. Im Zeichen einer (nicht nur persönlichen) Rückschau lud der Jubilar andere ehemalige Häftlinge und Interessierte in seine einstige Leidenstätte, die Haftanstalt Cottbus, ein. Lesen Sie nachstehend den Bericht, den Jörg Bilke, ehemaliger Waldheim-Häftling, von diesem Ereignis für die Fg verfasst hat.

Nördlich von Dresden teilt sich die Autobahn, man sieht ein Schild „Breslau“ und freut sich, dass da nicht „Wroclaw“ steht, wie sonst immer. Im Dunkeln erkennt man ein Schild „Vetschau“, das im Spreewald liegt. Und dann kommt Cottbus, wo Siegmар Faust bis 1976 zweimal im Zuchthaus saß.

Am 1. September 1976 wurde er ausgebürgert, am 16. November, einen Tag nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns, der in Köln ein Konzert gegeben hatte, lernten wir uns kennen. Wir waren Teilnehmer einer Tagung in der EUROPÄISCHEN AKADEMIE im Grunewald und sind seitdem befreundet. Im Dezember 1976 besuchte er mich in Lüneburg, wo ich damals lebte und an der OST-AKADEMIE arbeitete, die es seit Jahren nicht mehr gibt. Sieben Stunden lang sprach er mir seine aufregende Lebensgeschichte auf Band. Danach sind wir jahrelang, zusammen mit Tina Österreich, zu Tagungen gefahren und haben dort bis 1989 vorgelesen und vorgelesen.

Nun also das Zuchthaus Cottbus, wo im Saal, in dem früher für die Häftlinge Filme gezeigt und Vorträge gehalten wurden, mehrere Kinder und Enkel Siegmars anwesend waren. Er hat sieben Kinder von drei Frauen und elf Enkel. Mit dem Schriftsteller Jürgen K. Hulthenreich, dem Verfasser des Romans „Die Schillergruft“ (2013), konnte ich sprechen, mit Gabriel Berger, dem Atomforscher, der auch in Cottbus gefangen war, mit Ursula Popiolek und mit Thomas Dahnert von der Berliner „Gedenkbibliothek für die Opfer des Stalinismus“. Wir wohnten im Hotel AHORN in der Bautzener Straße, wenige Minuten vom Zuchthaus ent-

fernt. Beim Frühstück trafen wir Dietrich Koch aus Essen, den ich seit Jahren kenne. Später führte Siegmар seine Gäste durch die Anstalt und erklärte uns, welche Gefangenen zu seiner Zeit in welchen Zellen gefangen waren. Eine Geschichte hat mich besonders erschüttert: Da saßen in einer Zelle sieben Ärzte, die im Zuchthaus aber nicht in ihrem Beruf arbeiten konnten, und ein Unternehmer, nach DDR-Terminologie ein „Kapitalist“. Und wir DDR-Kenner wissen ja, unter welchen Beschuldigungen „Kapitalisten“ verhaftet und für Jahre in die Zuchthäuser verschleppt wurden, nur, damit sich der Staat ihre Betriebe eignen konnte. Da wurde von der „Staatsicherheit“, wenn es um einen Raubzug gegen die Reichen ging, auch nicht lange gefackelt: Um den Druck zu verstärken, wurden, unter dem Tatvorwurf der „Mitwisserschaft“, auch Ehefrauen, Kinder und Eltern mitverhaftet. Der räuberisch erworbene Betrieb wurde dann „volkseigen“, was blanker Hohn war!

In Cottbus saß also ein gefährlicher „Kapitalist“, auch seine beiden Söhne waren dort untergebracht, die Ehefrau saß in Hoheneck! In einer Nacht erlitt der „Kapitalist“, der mit dem Strafrechtsergänzungsgesetz von 1957 zu Strecke gebracht worden war, einen Magendurchbruch. Die sieben Ärzte trommelten eine Stunde lang wie verrückt an die Zellentür: Nichts rührte sich! Die „Volkspolizei“, die immer bereit war, mit dem Gummiknüppel auf die Gefangenen einzudreschen, saß unerreichbar im Dienstzimmer und sah fern, vermutlich. Dann warfen die sieben Ärzte ihre Gurkengläser aus dem HO-Einkauf aus dem Fenster. Da endlich erschien die VP, die für den „humanen Strafvollzug“ zuständig war, mit einer SPALT-Tablette. Der gefangene „Kapitalist“ starb dann auf dem Weg ins Krankenhaus!

Der Unterschied zwischen einem Rechtsstaat und einem Unrechtsstaat besteht unter anderem auch darin, dass ich in einem Rechtsstaat gegen die Cottbuser Strafvollzugsbeamten hätte Anzeige erstatten können wegen unterlassener Hilfeleistung mit Todesfolge! Aber jeder politische Gefangene wusste, dass er aus dieser Nummer nicht mehr herausgekommen wäre! Falls er die Tollkühnheit besessen hätte, eine solche Anzeige aufzugeben, wäre er wegen „Staats-

verleumdung“ erneut vor Gericht gestellt und mit mindestens fünf Jahren bedient worden. Dieser Staat wurde von Verbrechern regiert, die ihre Macht mit scheinlegalen Gesetzen, die von einem scheinlegalen „Parlament“ abgesegnet waren, abgesichert. Wer daran zweifelte, dass es mit rechten Dingen zugeht, wurde zum „Staatsfeind“ erklärt. Man wurde nicht verurteilt, weil man den Staat „verleumdet“, also die Unwahrheit gesagt hatte, sondern, weil man ganz einfach die Wahrheit gesagt hatte.

Später saßen wir im ehemaligen Dienstzimmer des VP-Sicherheitsbeauftragten, aus dem Siegmар im Sommer 1976 ganz überraschend entlassen worden war. Das war die Zeit, Juli 1976, als ich zum ersten Mal in der Zeitung von ihm las: Er wäre im „Tigerkäfig“, also im Gefängniskeller von Cottbus, von VP-Oberleutnant Günter Hoffrichter mit einer Eisenstange erschlagen worden. Ich war bestürzt und traurig! Ich lebte damals in Lüneburg und besuchte beim nächsten Berlin-Flug Dr. Rainer Hildebrandt, den Leiter des Mauer-Museums am „Checkpoint Charlie“. Der griff nach einem Aktenordner und las mir vor, was er von Cottbuser Mit-Häftlingen erfahren hatte.

Am 1. September, einige Wochen nach der Entlassung, durfte Siegmар mit dem Zug nach Frankfurt/Main ausreisen. Da er nicht wusste, wohin er sich zu wenden hatte, suchte er die CARITAS im Hauptbahnhof auf und musste sich dort Vorhaltungen machen lassen, warum er die DDR verlassen hätte, die hätten doch ein vorzügliches Gesundheitssystem! In Cottbus war es ihm gelungen, mit unsichtbarer Tinte (Zuckerwasser) einen Brief zu verfassen und nach draußen zu befördern, worin er seinen Leidensweg geschildert hatte. Über seine Frau erreichte dieser Brief auf Umwegen den Dissidenten Robert Havemann in Grünheide/Mark bei Berlin, der sofort an Erich Honecker, seinen Brandenburger Mithäftling (vor 1945) schrieb. In Windeseile wurde Siegmар aus dem Keller geholt, bekam seine Zivilsachen zurück, auch ein neuer Ausweis mit der Berufsbezeichnung „Schriftsteller“ lag bereit. Und als er gefragt wurde, wohin er denn entlassen werden wollte und angab „zu Wolf Biermann“ wurde das zähneknirschend akzeptiert!

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Unterstützung der Opfer hat Priorität

Aufhören mit Streit und Ende von Eitelkeiten gefordert

Seitdem Kamerad Wolfgang Stiehl nicht mehr unter uns ist, haben meine damals regen Verbindungen zur VOS zwar etwas nachgelassen. Aber inzwischen sind scheinbar die Probleme, die der Verband im vorigen Jahr mit sich selbst oder anderen hatte – wohl auch durch die Wahl von Rainer Wagner zum neuen Bundesvorsitzenden – etwas besser unter Kontrolle. Hoffe, dass unsere Kameradinnen und Kameraden, insbesondere diejenigen, die den Sozialismus selbst durchlitten haben, unsere Prioritäten klarer einschätzen und deren Beseitigung besser angehen können. Unser Verband sollte nach wie vor in erster Linie dazu verpflichtet sein, sich für die Opfer der SED-Diktatur einzusetzen. Insbesondere für jene Personen und Familien, die von der SED und der Stasi grausam zersetzt worden sind. Diese sind leider heute oft gesundheitlich nicht mehr in der Lage, sich selbst um Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu bemühen, weil sie inzwischen spürbar älter geworden sind. Oft waren sie schon nach dem Fall der Mauer, infolge der körperlichen und psychischen Schäden, die ihnen in den Stasi-Zuchthäusern zugefügt wurden, dazu nicht in der Lage, und sie scheitern leider noch heute oft an „Leuten oder der Art von Leuten“, denen sie schon früher in den Ämtern der DDR ausgeliefert waren.

Diese ernste Situation darf nicht verdrängt oder weggeleugnet werden. Aufklärung darüber und das Aufzeigen, dass in erschreckend großem Umfang bei Renten und Sozialleistungen die SED-Täter viel besser gestellt sind als Tausende ihrer Opfer, sollte ebenfalls zu den Aufgaben der VOS gehören. Alles, was innerhalb der Verbände durch Streitigkeiten, Kompetenzgerangel, persönlichen Zwist und wirklichen Unsinn Zeit und Energie kostet, schadet unserer wichtigen Arbeit ganz erheblich, und sollte von uns allen unbedingt vermieden werden.

Christian M. Lappe

Der Verfasser des Beitrags lebt in Atlanta, USA und ist VOS-Mitglied

Zwangsarbeit: Weitere Gespräche in Sicht

Bahnchef Grube bittet Häftlinge des SED-Unrechts um Entschuldigung für Zwangsarbeit durch die Deutsche Reichsbahn

Am 29. November versammelten sich in Berlin politische Häftlinge des Dachverbandes der SED-Opfer (UOKG) und der VOS.

Im Namen der Deutschen Bahn bat der Vorstandsvorsitzende Rüdiger Grube um Entschuldigung für die Haftzwangsarbeit, die in der DDR für die Reichsbahn geleistet werden musste. Um das offensichtliche Unrecht beim Namen zu nennen, müssten spezielle Untersuchungen nicht erst abgewartet werden. Mit dieser Entschuldigung entspreche die Bahn ihrer Verantwortung für ihre Geschichte, „unabhängig davon, wer nun juristisch Nachfolger der Reichsbahn ist und wer wem gegenüber rechtliche Ansprüche geltend machen könnte“.

Die Deutsche Bahn hat eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die Ende 2015 der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll. Grube wörtlich: „Die Aufarbeitung des geschehenen Unrechts sind wir Ihnen, die aus politischen Gründen ins Gefängnis mussten, schuldig. Und die Aufarbeitung des Unrechts liegt auch im ureigenen Interesse unseres Unternehmens.“

Der Bundesvorsitzende der VOS Rainer Wagner, der zugleich Vorsitzender der UOKG ist, erinnerte an die bis heute andauernden Schäden, die politische Häftlinge beim Gleisbau, in den Reichsbahnausbesserungswerken und Gleismontageplätzen erlitten haben. Wagner sagte: „Es ist an der Zeit, dass die deutsche Öffentlichkeit diese schweren Verletzungen der Menschenrechte zur Kenntnis nimmt.“ Wer als politischer Häftling zu Unrecht verurteilt worden sei, habe Wagner zufolge auch zu Unrecht Häftlingsarbeit leisten müssen. Wagner erklärte, dass mittelfristig über einen Härtefonds oder andere materielle Entschädigungen nachgedacht werden müsse. Kurzfristig muss die weitere Aufarbeitung der UOKG durch die Firmen gewährleistet werden.

Kai Wegner (MdB) sprach sich für gemeinsame Gespräche über einen Opferfonds aus. Es solle darüber nachgedacht werden, ob die Ehrenpension für die ehemaligen

politischen Häftlinge und das Thema Haftzwangsarbeit nicht in engerem Zusammenhang gesehen werden müssten.

Daniela Kolbe (MdB) regte gemeinsame Gespräche zwischen den Vertretern der Betroffenen, den Firmen und der Politik an.

Die Gespräche, darin waren sich alle Beteiligten einig, sind in Gang gekommen und sollen fortgesetzt werden.

Presseerklärung der UOKG vom 29. November 2014

Gelungener Zeitzeugenauftritt im Landtag

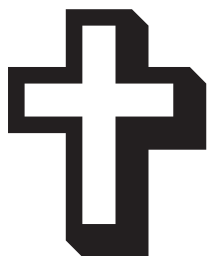
Dankesbrief an Dr. Hoffmann

Im Namen des Landes Baden-Württemberg übermittelte der Präsident des Landtags Guido Wolf unserem Kameraden Dr. Martin Hoffmann seinen besonderen Dank für dessen Bereitschaft zur aktiven Mitgestaltung der Gedenkfeier anlässlich des 25. Jahrestages des Mauerfalls am 13. November 2014.

Während dieser Gedenkfeier hatte Dr. Hoffmann Schülerinnen und Schülern seinen Lebensweg beschrieben. Dazu gehörte das einstige Todesurteil, das in eine Haftstrafe im Lager Workuta umgewandelt wurde, von der Martin Hoffmann grauenhafte Jahre im gefürchteten Moloch am nördlichen Polarkreis zubringen musste. Aber auch die Zeit des Mauerbaus und die darauffolgenden Jahre des Kalten Krieges, die in Europa zur Hochrüstung und zur permanenten Konfrontation der zwei großen Militärblöcke führte, war Gegenstand des Vortrags und der daran anschließenden Diskussion. Wie der Landtagspräsident in seinem Schreiben vom 25. November 2014 versicherte, ergab sich seitens der teilnehmenden Lehrerin sowie der Schulklasse selbst eine durchweg positive Bewertung des Zeitzeugenauftritts von Martin Hoffmann. Wie schon oft in der Fg berichtet, leistet Kamerad Martin Hoffmann insgesamt einen enormen Beitrag zur Aufarbeitung des politischen Unrechts nach 1945. Auch wir von der VOS danken ihm für seinen Einsatz. VB

Bis zum letzten Atemzug für das Wohl und die Interessen der SED-Opfer gekämpft und für die VOS gelebt

Kurz vor dem Weihnachtsfest verstarb unser Kamerad Heinz Richter im Alter von 94 Jahren



In der VOS und unter den Leserinnen und Lesern der Freiheitsglocke dürfte es niemanden geben, dem die Beiträge von Heinz Richter entgangen sind. Über Jahre, Jahrzehnte hin berichtete er von seinen Initiativen und Vorstellungen, mit denen der den Opfern der SED-Diktatur, zu denen auch er gehörte, höhere Entschädigungen und bessere soziale Bedingungen schaffen wollte. Wirklich bis zuletzt, als er nur noch sehr schwer Luft bekam und Mühe hatte, die Wohnung zu verlassen, schrieb er Briefe an Behörden und Politiker und gab deren Antworten auf dem Postweg an die Redaktion und den Bundesvorstand weiter. Dabei spürte er selbst das nahende Ende und sah auch nicht weg, als es sich immer deutlicher und erdrückender ankündigte.

Es war ein ausgesprochen erfülltes Leben, das Heinz Richter hatte. Wenige Menschen gibt es, von denen man das sagen konnte und von denen man das künftig wird sagen können. Dabei ist es egal, ob der Anteil an der Durchsetzung der Opferrente des nunmehr verstorbenen Kameraden Heinz Richter höher ist als der vieler anderer Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Es ist insonderheit seine gutmütige Beharrlichkeit, die unablässige Hoffnung und sein

großer Wunsch, den Benachteiligten zu helfen, die ihn hervorheben und ihm auch nach dem Tod einen großartigen Platz in unseren Erinnerungen und in den Archiven der VOS sichern werden.

Heinz Richter, gebürtiger Dresdner, war überdies ein gutmütiger Mensch. Selbst wenn er von den früheren Peinigern redete oder wenn er Enttäuschungen über Behördenmitteilungen oder Entscheidungen der Politik mitteilte, schwang statt Enttäuschung oder gar Wut schon wieder neue Hoffnung und der Gedanke an die Fortsetzung seiner und unserer Bemühung, um unseren wesentlichen Zielen doch ein weiteres Stück näherzukommen. Das machte ihn sympathisch, und es übertrug die Beharrlichkeit und Hoffnung auch auf uns. Nicht mal als seine Partei, die SPD, vor fünf Jahren aufhörte, an ihn zu denken und ihn, dessen Zeit der Zugehörigkeit ganz sicher einmalig ist und einmalig bleiben wird, nicht mehr als Ehrengast zu ihren Veranstaltungen einlud, ließ er sich so etwas wie Bitternis anmerken. Dabei war er derjenige, der dieser Partei noch früher als Willy Brandt oder Herbert Wehner angehörte. Der SPD hätte es gerade deshalb gut angestanden, in ihrem derzeit nicht allseits rühmlichen Auftreten einen Vertreter der „alten“ Garde und einen überzeugten Demokraten zu würdigen und sich öffentlich zu ihm zu bekennen.

Heinz Richter war Träger des Verdienstkreuzes der Bundesrepub-

lik Deutschland – er hat diese Auszeichnung mit Recht bekommen und er hat sich ihrer immer würdig verhalten.

Auch unter den Kameradinnen und Kameraden seiner regionalen VOS-Gruppe erfuhr der Verstorbene große Anerkennung und Sympathie. Noch zu seinem 94. Geburtstag im November 2014 besuchte ihn eine Delegation, um ihn zu beglückwünschen.



Mit Heinz Richter verliert die VOS einen weiteren gestandenen Kameraden, der seit seiner Mitgliedschaft selbstlos und tatkräftig wirkte. Seiner hinterbliebenen Familie gilt unser Mitgefühl und unser Beileid. Der Tod unseres Kameraden reißt eine Lücke, die wir nicht ohne weiteres füllen können, und er zeigt einmal mehr, wie vergänglich alles ist. Aber er gibt uns auch die Erkenntnis, dass es wichtig ist, sich für das Gute einzusetzen. Wir trauern um Heinz Richter, aber wir sind froh, dass wir ihn hatten. A. R.

Unerschrocken wie einst für ein demokratisch regiertes Thüringen

Thüringer VOS-Mitglieder gehen nach 25 Jahren wieder auf die Straße

☒ Dass es nach 25 Jahren in Thüringen einmal so weit kommt, dass wir wieder für unsere Freiheit auf die Straße gehen müssen, das halte ich für eine Schande in unserer Demokratie. Aber wir haben beschlossen, am 4. Dezember 2014 vor dem Thüringer Landtag zu stehen und mit Kerzen und Fackeln auf uns aufmerksam zu machen – so wie einst auch!

Unerschrocken werden wir den Kommunisten Paroli bieten. Noch ist unser Bundesland nicht verloren.

GOTT SCHÜTZE THÜRINGEN!

Reinhard Köhler, VOS Weimar

Presseerklärung des BAUTZEN-KOMITEE

Das Bautzen-Komitee begrüßt die Erklärungen von Bundestagspräsident Norbert Lammert und Berlins Innensenator Frank Henkel über den Diebstahl der Mauerkreuze und hofft, dass diese möglichst schnell wieder an ihren angestammten Ort zurückkehren. Auch wir sind entsetzt über diese sogenannte „Kunstaktion“ und finden es beschämend, wie man hier mit einer pseudo-humanitären Begründung auf dem Rücken der Mauertoten agiert und das Gedenken an sie instrumentalisiert. Kunst darf sicher Vieles, aber auch für sie gibt es Grenzen. Dass diese Tat auch noch durch Steuergelder finanziert wurde und vom Maxim-Gorki-Theater und seiner Intendantin Shermin Langhoff unterstützt wird, die erst 2012 den Moses-Mendelssohn-Preis zur Förderung von Toleranz erhielt, ist uns mehr als unverständlich.

Alexander Latotzky

Die Wahrheiten und die wichtigen Namen bleiben meist ungenannt

Medien, Politik und Promis machen die Wiedervereinigungsfeier zu einem „schönen Fest“

Welche Rolle spielen ehemalige politische Häftlinge der SED-Diktatur für die Öffentlichkeit, wenn es um Rückblicke, Gedenkveranstaltungen und Feierlichkeiten zum Mauerfall und zur Wiedervereinigung Deutschlands geht? Nachdem sämtliche Fernsehsender und auch noch die letzte Provinzzeitung über die ereignisreichen Wochen im Herbst 1989 in großer Ausführlichkeit berichtet haben, muss man konstatieren, dass die Würdigung der einstigen Häftlinge als geschlossener Beitrag zum Fall der Mauer und vor allem zur Überwindung der Teilung gegen null strebt. Gezeigt werden lediglich Bilder aus den Haftanstalten und der Verfolgungspraxis des MfS. Hier wird geschildert, welche Verhältnisse herrschten und mit welchen widerlichen Methoden Menschen zugrunde gerichtet wurden. Damit wird zumindest auf einige der Leiden hingewiesen. Und sonst?

Wir wissen, dass bereits nach Ende des Krieges und nach dem Einmarsch der Sowjets Widerstand geleistet wurde. Viele unserer älteren Kameradinnen und Kameraden sind Zeuge dessen. Nach den schweren Jahren der Haft und Arbeitslager waren sie unerschrocken als VOS darum bemüht, die Wahrheit über das Zwangsregime DDR aufzuzeigen und kämpften – wie aussichtslos es auch oft scheinen mochte – für die Wiedervereinigung Deutschlands. Stellvertretend für alle seien Dr. Martin Hoffmann und Benno Prieß genannt, die sich bis heute für geschichtliche Wahrheiten einsetzen. Für jene, die früh verstorben sind, stehen Hans-Joachim Platz oder Walter Weber, aber auch die später aktiv gewordenen Kameraden Binski und Knöchel. Welche Risiken und Gefahren bis zum physischen Untergang der DDR bestanden, zeigen die Todesfälle des Fußballers Lutz Eigendorf, des Widerständlers Michael Gartenschläger oder des Intellektuellen Jürgen Fuchs.

Die breite Masse, die die Wiedervereinigung heutzutage vor den Fernsehschirmen erlebt, kennt nicht die Kerndaten und die Namen der wirklichen Opfer. Sie kennt Gesichter von Schauspielern, Sport-Promis oder sonstigen Stars, die der Strudel der Ereignisse nach 1989 nach oben gespült hat, die aber bestenfalls politische Zurückhaltung geübt, jedoch keinen Widerstand geleistet haben. Unnötigerweise werden somit falsche Namen, falsche Gesichter mit dem Mauerfall in Zusammenhang gebracht. „Wie und wo haben Sie den 9. November erlebt?“ Die Frage wird an Promis gestellt, die ihr Leben lang unpolitisch waren, aber auf einmal die Möglichkeit sehen, etwas für ihr Renommee zu tun.

Natürlich soll das Jubiläum des Mauerfalls in erster Linie ein Freudenfest sein. Nach den vielen Jahren der Unterdrückung ist es ein unschätzbare Gewinn, in Freiheit zu leben. Aber die Feierlichkeiten zum 25. Jahr des Mauerfalls geraten auch zur Verkitschung und Verfälschung von geschichtlichen Fakten. Sie sollten mehr sein als ein „schönes Fest“. Sie sollten der präzisen Darstellung der Verhältnisse dienen und konkretes Wissen vermitteln und dazu gehört ganz wesentlich, dass man die politischen Häftlinge einbezieht und ihre entscheidende Rolle erklärt.

Winfried Glaubitz

Heilsbotschaft und Klassenkampf

SED-Rentner verklären und vertuschen (nicht nur) mit Gesang die Vergangenheit

Es gibt schon einige Merkwürdigkeiten in der postkommunistischen Geschichte Ostberlins! Da gibt „alle Jahre wieder“ der 1973, noch zu Lebzeiten des Namensgebers also, gegründete „Ernst-Busch-Chor“ ein „Weihnachtssingen“ und verkündet „frohe Botschaften“. Nun sollte man nicht annehmen, dass diese singende Seniorengruppe christliches Liedgut verbreitet, zumal sie aus ehemaligen SED- und FDGB-Mitgliedern, pensionierten NVA-Offizieren, MfS-Rentnern und einstigen „Volkspolizistinnen“ besteht. Schließlich war der als Maurersohn in Kiel geborene Ernst Busch (1900 bis 1980), später auch „Barrikaden-Tauber“ genannt, ein gestandener Klassenkämpfersänger in der Weimarer Republik und nach 1945 im SED-Staat. Als Begleitsänger des Spanischen Bürgerkriegs 1936/39 bot er seinem Publikum eine Hymne auf den Märtyrertod des am 1. Dezember 1936 vor Madrid hinterrücks erschossenen Kommunisten Hans Beimler (1895 bis 1936) unter dem Titel „Hans Beimler, Kamerad“. Allerdings halten sich bis heute Gerüchte, denen zufolge Beimler auf Parteibefehl von den eigenen Leuten, kaltblütig ermordet worden sein soll. In diesem Zusammenhang fällt der Name Richard Staimer (1907 bis 1982), späterer Schwiegersohn Wilhelm Piecks.

Nun zog im Dezember 2014 der atheistische Chor wieder durchs vorweihnachtliche Land und pflegte, so die Selbstauskunft, die „Tradition der Arbeitersängerbewegung“ in Deutschland, deren bedeutendster Vertreter Ernst Busch war. So gab es Auftritte des Veteranenchors in Altenheimen der „Volkssolidarität“.

Am 13. Dezember wurde im Stadtkloster Segen, einer kirchlichen Einrichtung, ein „Adventskonzert“ gegeben, und in Bochum/Ruhrgebiet wurde am 27. September mit Gesang des 65. Jahrestags der DDR-Gründung gedacht.

Der Gipfel der DDR-Nostalgie war freilich der Auftritt am 16. August 2014 im Dresdner „Volkshaus“. Eingeladen hatte ein Verein mit dem harmlos klingenden Namen „Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung“. Wer da „rechtlich“ und „humanitär“ durch Gesang „unterstützt“ werden sollte, wurde nicht mitgeteilt. Man kann es aber leicht aus dem INTERNET erfahren: Demnach wurde dieser Verein 1993 in Berlin gegründet und hat heute 1.500 Mitglieder. Sein einziges Ziel ist hemmungslose DDR-Verklärung bis zur Verherrlichung von SED-Verbrechen, einschließlich der Morde an der innerdeutschen Grenze und an der Berliner Mauer.

Wie Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen, in seinem Buch „Die Täter sind unter uns“ (2007) feststellte, hat dieser „Hilfsverband für ehemalige Staatskriminelle“ die Aufgabe, politische Verbrecher aus der SED-Nomenklatur vor Strafverfolgung zu schützen.

Jörg Bernhard Bilke

Anm.: Eine kurze Fakten-Biografie zu Richard Staimer findet sich im Internet bei Wikipedia, die sich auf Recherchen von Helmut Müller-Enbers stützt. Staimer war in der DDR Generalmajor der Reserve und seit 1967 Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Gold.

Gerade mal vier Seiten über DDR-Zeit

Ein Buch über die JVA Hohenleuben spart die Haftzustände und Verantwortlichen des sozialistischen Strafvollzugs nahezu aus

☒ Ich möchte mich hiermit ganz herzlich bei Hugo Diederich aus der VOS-Geschäftsstelle für die Vermittlung der Telefonnummer einer ehemaligen Haftkameradin über das ZDF bedanken. Ich bin damals fast von der Couch gehüpft, als ich in der ZDF-Nachrichtensendung in einem Beitrag eine Mitgefangene von 1985 erkannte. Und das nach so langer Zeit. Inzwischen telefonieren die Betreffende und ich regelmäßig, und wir haben uns, gemeinsam mit unseren Ehemännern, schon gegenseitig besucht. Wir haben aber keine gemeinsamen Ausflüge etc. gemacht, sondern unsere Zusammenkünfte für wertvolle Gespräche genutzt. Dennoch waren die zwei Tage des Wiedersehens viel zu schnell vorüber. Fest steht nun, dass diese Verbindung nicht aufgegeben werden darf.

Nun zur Haft.

In unser beider Transportpapieren stand, dass wir in den Strafvollzug Hoheneck gebracht werden sollten. Aber Hoheneck war voll, und so kamen wir nach Hohenleuben in den Strafvollzug.

Nun gibt es aus dem Jahr 2007 das Buch „Hohenleuben. Die Stadt und das Gefängnis“. Herausgegeben in Zusammenarbeit mit Harald Saul. Dieses Buch hat mich natürlich interessiert, so dass ich es gelesen habe.

Fazit: Die Herausgeber haben sich viel Mühe gegeben, die Jahrhunderte aufzuarbeiten. Sogar die Namen des Wachpersonals wurden über Jahrhunderte zurück gesucht und gefunden und viele Seiten damit gefüllt. So entstand ein Rückblick bis in das 17. Jahrhundert. Welch eine Mühe!

Nun aber zu den 1980er Jahren. Gerade einmal vier Seiten wurden dazu geschrieben, und auch das ohne ausführlicher auf die vielen politischen Schicksale von Frauen einzugehen, die dort während der DDR-Zeit politisch inhaftiert waren.

Es fehlen auch die Namen der „Erzieherinnen“. Diese „Damen“, die Wachteln genannt wurden, haben uns zur Genüge bestraft, indem (in meinem wie in vielen Fällen) ich keine Post, keine warme Kleidung

aus dem Päckchen meiner Tochter (trotz Nierenerkrankung) erhalten durfte. Der Sprecher (*damit ist die Besuchserlaubnis für Angehörige unter scharfer Überwachung durch das Haftpersonal gemeint – d. Red.*) wurde in meinem Fall gleich zu Beginn durch die Uniformierten abgebrochen, weil mich mein Cousin, der mich besuchte, zur Begrüßung umarmte – wir begrüßten uns zu Hause immer so. Gleich danach wurde ich vom Wachpersonal abgeführt und musste mich im Nebenraum nackt ausziehen, um mich u. a. rektal untersuchen zu lassen.

Die weiblichen politischen Gefangenen hatten eine sehr hohe psychische Belastung auszuhalten. Bei allen Frauen galt die größte Sorge den Kindern und Partnern. Viele Frauen ertrugen die Situation nicht und wurden während der zu verrichtenden Zwangsarbeit bewusstlos. Sie kippten einfach um. Durch meine beruflichen Voraussetzungen half ich gemeinsam mit einer anderen Gefangenen, diese Frauen in die Toilette zu bringen und ihren Kreislauf zu stabilisieren. Dadurch verließen wir jedoch unseren Arbeitsplatz, versäumten Zeit und schafften unsere Norm nicht. Das wiederum hatte die Vorladung zur zuständigen „Erzieherin“ zur Folge und führte zu den üblichen sehr belastenden Strafen: Postsperrung, keine Effekten und noch schärfere Zensur der Briefe, die ich nach einiger Zeit wieder schreiben durfte. → *rechts Mitte*

Ein würdiger Zeitzeuge

Schülerinnen und Schüler von Martin Hoffmann beeindruckt

Mit großem Respekt begegneten die etwa vierzig 17- bis 22-Jährigen unserem Kameraden Dr. Martin Hoffmann bei dessen Zeitzeugenveranstaltung anlässlich des 25-jährigen Jahrestages des Mauerfalls im Sophie-Scholl-Saal des Landtags von Baden-Württemberg. Dies bestätigte auch die regionale Südwest Presse in einer prägnanten Meldung. Insonderheit ein Vergleich mit den Verhältnissen im heutigen Mexiko, wo 43 Studenten einfach verschwunden sind, gab Anlass, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Als 20-Jähriger war auch Martin Hoffmann durch seine Heimatstadt gegangen, um Flugblätter zu hinterlegen, in denen er über das Verschwinden von Menschen in den kommunistischen Lagern informierte und protestierte.

Das Ergebnis war, dass er schließlich selbst in den Gulag von Workuta kam. *fg*

→ Und dieses Buch über die JVA Hohenleuben ist von 2012. Ich frage mich also: Hat sich in den Köpfen der heutigen JVA-Verantwortlichen nichts geändert? Warum gehen die Verfasser des Buches dieses Thema nur mir vier Seiten an, ohne Namen des Personals zu nennen?

Hätte ich böse Gedanken, würde ich mich wundern, dass dieses Thema nicht ausführlicher bearbeitet wurde.

Trotz allem freue ich mich, dass ich nach Jahrzehnten meine Haftkameradin wiedergefunden habe.

Brigitte Voelkel

Wir trauern um

Manfred Hellwig

Fritz Veit

Kurt Liebert

Marianne Woite

Siegfried Kleint

Heinz Richter

Gerda Schumann

Bezirksgruppe Detmold

Bezirksgruppe Wurzen

Bezirksgruppe Chemnitz

Bezirksgruppe Stuttgart

Bezirksgruppe Zittau

Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe

Bezirksgruppe Halle

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Deutschland Quo Vadis (3)

Die Zeiten sind verändert - niemand hat heute Zeit
Es ist nicht zu bestreiten, es fehlt Gemeinsamkeit
Es ist nichts mehr genügend, der Nächste der hat mehr;
man rafft sich selbst betrügend, macht sich das Leben schwer.

Dem Menschen angeboren, - scheint Unzufriedenheit
Sie macht im Glück verloren! Sie macht allein zu zweit!
Wir lebten mit viel Sorgen, voll Angst im eignen Land.
Doch waren wir geborgen, weil man sich gut verstand.

Deutschland ist noch zerrissen, Deutschland es resigniert.
Ist Geld unser Gewissen? Dem Reichtum wird hofiert.
Wir leiden und wir litten, dies ist schwer zu versteh'n.
Um Wähler wird gestritten, wie soll's nur weitergeh'n ?
Ostdeutschland freigeworden, erholt sich wie es scheint,
lebt ohne Flüchtlingsmorden, ohne den Klassenfeind.
Trotzdem es gibt Tränen, man traut dem Nächsten nicht,
man fühlt ein tiefes Sehnen, nach Heimat, Gleichgewicht ...

Wir hofften miteinander, dass bald die Mauer fällt,
nun strebt man auseinander, nur auf sich selbst gestellt.
Man fühlte sich geborgen, man setzte sich zur Wehr,
heut hat man andere Sorgen - die Kirchen die sind leer.

Die Sprache war entartet, arm, unverständlich, dumm;
nicht anders als erwartet, waren die Klugen stumm.
Das Denken und das Reden, war niemals seitengleich;
die Stasi kannte jeden - so wie im Dritten Reich.

Ist uns Deutschsein zuwider, nun als ein neuer Trend?
Langweilig und zu bieder, weil man die Freiheit kennt ?
Amerikanisieren, das Leben, wie man spricht,
was wir dadurch verlieren, das ahnen wir noch nicht.

An vierzig schlimme Jahre, erinnert man sich kaum;
die hat man ausgeblendet, wie einen bösen Traum.
Hofiert werden Verbrecher, weil man so schnell vergisst,
die sagen uns sehr deutlich, was ihre Absicht ist.

Die Rattenfänger heute - sind stolz Opposition,
Sie preisen Marx und Lenin, genau wie vorher schon.
Den Tausenden von Opfern, schlagen sie ins Gesicht;
Demokratie und Reue kennt Gysi's LINKE nicht!

Traurig, sehr ernst die Lage in unserm deutschen Land.
Die Opfer, auch die Wahrheit, sind kaum noch anerkannt.
Wen soll der Wähler wählen, wenn er unsicher ist?
Wenn sogar Gerhard Schroeder, Putin die Füße küsst?

Die Mauer fiel man glaubte: Das Paradies bricht aus,
Frieden und Freiheit wären in jedem Land zu Haus".
Träume und Illusionen, wichen der Wirklichkeit!
Freiheit und Frieden schützen, sind wir dazu bereit?

Einst war sie zwangsvereinigt, Sklave der SED!
Stirbt sie heute freiwillig, die stolze SPD?
Kurt Schumacher der warnte: „Faschisten, rot lackiert!“
Die Warnung ist vergessen, man hat sich „integriert“.

Freiheit ist Verantwortung, nicht nur ein Verlangen!
Ist die Freiheit euch zu viel, euch die Lust vergangen?
Schmerzt das Selber-Denken euch? Sklave-Sein war besser?
Juckt euch wiederum das Fell, nach dem Schlachtermesser?

Ein Psychopath ist jener, der mit dem Weltkrieg droht,
denn nach dem nächsten, „Letzten“, ist auch der Sieger tot.
Das Beste ist wir bleiben, dem was wir wissen treu:
„Abschreckung sichert Frieden“, das ist uns ja nicht neu ...

*Christian Martin Lappe, Atlanta (USA) Dez.-2014
Der Verfasser ist ehemaliger politischer Häftling der DDR*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 - 2655 23 80 und 030 - 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**

Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 - 2655 23 82

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Herstellung: Satzherstellung Neymanns

Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de.

Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– einheitlich für alle Mitglieder ab 2013	45,00 €
– Ehepartner	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Internetseiten der VOS

www.vos-ev.de

Ausgabe 748 erscheint im Februar / März 2015

Redaktionsschluss der FG **746/7**: 16. Jan. 2015